

19. Sitzung

am Dienstag, dem 14. November 2000

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	775
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	775

Fragestunde

1. Hilfe für Eltern mit Behinderung

Anfrage der Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 12. Oktober 2000	775
---	-----

2. Asylbewerberheim Louis-Krages-Straße 14

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 16. Oktober 2000	776
---	-----

3. Grenzen des Weihnachtsmarktes

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 17. Oktober 2000	777
---	-----

4. Seniorenbüro

Anfrage der Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 18. Oktober 2000	777
---	-----

5. Verpackungsverordnung

Anfrage der Abgeordneten Frau Hammerström, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 18. Oktober 2000	778
---	-----

6. Verkauf des Grünenkamps

Anfrage der Abgeordneten Frau Kummer, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 18. Oktober 2000	780
---	-----

7. Obdachlosenpolizeirecht

Anfrage der Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 19. Oktober 2000	781
--	-----

8. Pferdetrainingsbahn	
Anfrage der Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 19. Oktober 2000	782
9. Schulstruktur in Huchting	
Anfrage der Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Oktober 2000	785
10. Sperrstunde für Harry Potter	
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Oktober 2000	785
11. Altablagerung „Amtsgericht“ (A 531.002) in Bremen-Blumenthal	
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. November 2000	787
12. Eine DM für Selbsthilfegruppen	
Anfrage der Abgeordneten Frau Haker, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 1. November 2000	788
13. Zu den geplanten Änderungen im Gesetz über das Leichenwesen	
Anfrage der Abgeordneten Frau Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 1. November 2000	789

Aktuelle Stunde

Eiertanz in der Jugendförderung

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	790
Abg. Pietrzok (SPD)	793
Abg. Frau Striezel (CDU)	794
Senatorin Adolf	795
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	796
Abg. Abg. Frau Striezel (CDU)	797
Abg. Pietrzok (SPD)	797

Bremen eine „Saubere Stadt“?

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 13. Oktober 2000
(Drucksache 15/228 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 31. Oktober 2000

(Drucksache 15/235 S)

Abg. Pflugradt (CDU)	798
----------------------------	-----

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	800
Abg. Dr. Sieling (SPD)	802
Senatorin Wischer	804
Abg. Pflugradt (CDU)	807

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 18
vom 16. Oktober 2000**

(Drucksache 15/229 S)	808
-----------------------------	-----

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 19
vom 7. November 2000**

(Drucksache 15/239 S)	808
-----------------------------	-----

Ortsgesetz über die Aufhebung des Ortsgesetzes über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes „Marßeler Feld“ zwischen Stader Landstraße, Kopenhagener Straße, B 74, Upsalastraße und Stockholmer Straße

Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2000

(Drucksache 15/231 S)	808
-----------------------------	-----

Ortsgesetz über die Errichtung eines „Sondervermögens Überseestadt“ sowie zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001

Mitteilung des Senats vom 7. November 2000

(Drucksache 15/236 S)	808
-----------------------------	-----

Anhang zum Plenarprotokoll	809
----------------------------------	-----

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Kleen, Leo, Neumeyer, Frau Wiedemeyer.

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 19. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Flächennutzungsplan Bremen 1983
34. Änderung
- Horn (Achterdiek) -
Mitteilung des Senats vom 7. November 2000
(Drucksache 15/237 S)
2. Bebauungsplan 2133
für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Im Achterkamp (südlich Hausnummer 47), Nedderland und Achterdiek (südlich Hausnummern 76 und 78)
Mitteilung des Senats vom 7. November 2000
(Drucksache 15/238 S)
3. Anwohner und Kleingärtner an der Kattenturmer Heerstraße nicht allein lassen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. November 2000
(Drucksache 15/240 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Dezember-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Bevölkerungsentwicklung in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 14. September 2000
Dazu
Antwort des Senats vom 24. Oktober 2000
(Drucksache 15/232 S)
2. Jugendliche auf Trebe
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 26. September 2000
Dazu
Antwort der Senats vom 14. November 2000
(Drucksache 15/241 S)
3. Vertragliche Verpflichtungen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. November 2000
4. Auswirkungen der European Aircraft, Defense and Space Company-Gründung (EADS) und der Airbus Integrated Company (AIC) auf den Standort Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. November 2000

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes drei, Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Werkstatt Bremen der Stadtgemeinde Bre-

men, des Tagesordnungspunktes vier, Aufwertung des Behindertensports, und der miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte acht, Übertragung von Sondervermögen des kommunalen Eigenbetriebs ID Bremen auf den Landeseigenbetrieb Fidatas Bremen, und neun, Ortsgesetz über die Aufhebung des Ortsgesetzes über den Informations- und Datentechnikbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, sowie zur Verbindung der Petitionsausschussberichte 18 und 19.

Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, bei dem Punkt Sondervermögen Überseestadt auf eine Debatte zu verzichten.

Meine Damen und Herren, wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 16 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage bezieht sich auf **Hilfe für Eltern mit Behinderung**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Eltern mit Behinderung leben in Bremen; wie hoch ist der Anteil der allein erziehenden Frauen?

Zweitens: Wie ist der durch die Behinderung der Eltern bedingte Hilfebedarf bei der Erziehung der Kinder geregelt, personell und finanziell?

Drittens: Wie hoch sind die gezahlten Beträge für die Betreuung der Kinder bis einschließlich Kindergarten sowie der Kinder im Schulalter?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu erstens: Dem Senat liegen keine Erkenntnisse über die Zahl der Eltern oder eines Elternteils mit Behinderungen vor, da weder die Schwerbehindertenstatistik noch andere Datenquellen dieses Merkmal erheben.

Zu zweitens: Eltern mit Behinderungen haben - wie andere Erziehungsberechtigte auch - Anspruch auf alle gesellschaftlichen, gesundheitlichen und erzieherischen Hilfen, die für Eltern und Kinder vorgehalten werden.

Weder das Bundessozialhilfegesetz, das Kinder- und Jugendhilfegesetz noch das Bundesversorgungsgesetz oder die entsprechend anzuwendenden Nebengesetze enthalten spezifische gesetzliche Normen für die Ausgestaltung von Hilfen für Eltern mit Behinderung. Aus den allgemeinen Bestimmungen der genannten Gesetze ergibt sich jedoch die rechtliche Verpflichtung zu einer personen- und situationsbezogenen individuellen Hilfeplanung für Eltern und Kinder. Dabei stehen im Bundessozialhilfegesetz und im Bundesversorgungsgesetz die Hilfe und Förderung der Eltern selbst, im Kinder- und Jugendhilfegesetz die Förderung einer altersgerechten Entwicklung des Kindes und die Sicherstellung des Kindeswohles im Vordergrund.

Darüber hinaus bestehen gesetzliche Verpflichtungen anderer Sozialleistungsträger zum Beispiel auf Bereitstellung medizinischer und speziell rehabilitativer Hilfen. Da die behinderten Eltern im Rahmen der oben angegebenen Gesetze einen Rechtsanspruch auf die ihrer Situation gemäße Hilfe haben - wie auch andere Menschen, die entweder selbst Eingliederungshilfen, Pflegehilfen oder Hilfen bei der Wahrnehmung der Erziehungsaufgabe benötigen -, wird bei der statistischen Erfassung des KJHG nicht zwischen Kindern behinderter oder nichtbehinderter Eltern unterschieden beziehungsweise wird bei Hilfen nach dem BSHG und Bundesversorgungsgesetz die Elterneigenschaft nicht statistisch erfasst.

Zu drittens: Aus den Darlegungen zu den Fragen eins und zwei ergibt sich, dass keine Quantifizierung der in diesem Zusammenhang seitens des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales übernommenen Leistungen gegeben werden kann.

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Vom Bundesfamilienministerium wurde kürzlich eine Expertise zur Lebenssituation behinderter Eltern vorgelegt. Wann und wie gedenkt der Senat, diese Konsequenzen in Bremen umzusetzen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Soweit mir bekannt ist, erwägt die Bundesregierung die Prüfung, inwieweit aufgrund der vorgelegten Expertise zur Situation behinderter Eltern auf bundesgesetzlicher Ebene Änderungsbedarfe bestehen. Wir werden uns in diese Diskussion natürlich einmischen. Im SGB IX, was zurzeit diskutiert wird, in dem es um die Behinderten und die Leistungen für sie allgemein geht, wird das möglicherweise eine Rolle spielen. Wir werden uns an dieser Debatte natürlich beteiligen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Werden Sie die Elternvereinigung in Bremen in diese Gespräche einbeziehen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Soweit uns dann konkrete Vorlagen von der Bundesebene bekannt werden, werden wir natürlich auch die üblichen Beteiligungen hier in Bremen organisieren.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Asylbewerberheim Louis-Krages-Straße 14**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Strohmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Situation des Drogenhandels am und im Asylbewerberheim Louis-Krages-Straße 14?

Sind dem Senat weitere Fälle von Drogenhandel seit der Drogenrazzia Anfang Juli 2000 bekannt geworden?

Wie ist der Stand der Verfahren in den ermittelten Fällen von Drogenhandel, und gab es schon Verurteilungen?

Präsident Weber: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Anlässlich der Razzia in der Gemeinschaftsunterkunft Louis-Krages-Straße 14 am 13. Juli 2000 wurden elf Strafverfahren wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz eingeleitet. Die Razzia zeigte nicht die erhoffte präventive Wirkung. Ein Rückgang von Straftaten im Umfeld der Gemeinschaftsunterkunft konnte nicht festgestellt werden. Die in der Gemeinschaftsunterkunft bereits auffällig gewordenen Asylbewerber setzten ihre Aktivitäten fort. Vom 14. Juli 2000 bis zum 20. Oktober 2000 stellte die Polizei Bremen 39 Fälle von Erwerb/Besitz und Handel mit Betäubungsmitteln durch Personen fest, die in einem Bezug zu der Gemeinschaftsunterkunft stehen. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat wegen des Auslaufens des Mietvertrages die Gemeinschaftsunterkunft zum 31. Oktober 2000 geschlossen.

Der Sachstand zu den elf Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz stellt sich wie folgt dar: In acht Ermittlungsverfahren sind die Ermittlungen anhängig. Ein Ermittlungsverfahren ist nach Paragraph 31 a Betäubungsmittelgesetz eingestellt worden. In einem Verfahren hat die Staatsanwaltschaft Anklage beim Amtsgericht - Jugendgericht - erhoben. In einem Verfahren, der Angeschuldigte befindet sich in Untersuchungshaft, wurde Anklage beim Amtsgericht - Schöffengericht - erhoben.

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Grenzen des Weihnachtsmarktes**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die überregionale Wirkung des Weihnachtsmarktes für den Standort Bremen?

Inwieweit hält der Senat die für den Bremer Weihnachtsmarkt 2000 vorgesehenen Flächen - eingeschlossen Domshof, Markt, Unser Lieben Frauen, Teile Sögestraße, Lloyd-Passage, Teile Hanseatenhof und Ansgarikirchhof - für abgesichert, um das Image zu erhalten?

Wird der Senat außerhalb der oben genannten Flächen potentiellen Antragstellern - Cafés, Einzelhandel und so weiter - den Verkauf und Ausschank von weihnachtsmarktüblichen Angeboten auf öffentlichem Grund untersagen?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Absicherung der Fläche zur Imageerhaltung: Der Bremer Weihnachtsmarkt hat sich auf den Flächen Marktplatz, Domshof, Unser Lieben Frauen Kirchhof, Sögestraße - teilweise - und Ansgarikirchhof aufgrund seiner ausgewogenen und qualitativ hochwertigen Gestaltung zu einem der schönsten Weihnachtsmärkte in Deutschland entwickelt. Schätzungsweise eine Million Besucherinnen und Besucher je Veranstaltung, teilweise auch aus dem Ausland, bestätigen sein herausragendes Image. Um dies auch weiterhin zu gewährleisten, wird gegenwärtig die bislang gültige marktrechtliche Festsetzung überarbeitet.

Der Weihnachtsmarkt in der Lloyd-Passage wird von der dortigen Interessengemeinschaft veranstaltet. Seine Festsetzung erfolgte erstmalig im vergangenen Jahr und ist für das laufende Jahr insbesondere aufgrund seines den kommunalen Weihnachtsmarkt verbindenden Charakters und eines mit der Stadtgemeinde Bremen geschlossenen Vertrages, der weitreichende Sondernutzungsrechte einräumt, erneut geplant. In diesem Jahr werden erstmals auch Teile des Hanseatenhofs probeweise in das Weihnachtsmarktgebiet einbezogen.

Weihnachtliche Sondernutzungen außerhalb des Weihnachtsmarktes: Anträge auf Sondernutzungserlaubnisse für Verkaufs- und Verzehrstände während des Weihnachtsmarktes werden regelmäßig abgelehnt. Sondernutzungserlaubnisse für Außengastronomieflächen hat das Amt für Stadtplanung und Bauordnung nicht mehr jahreszeitlich befristet, so dass die genehmigte Nutzung auch während des Weihnachtsmarktes möglich ist.

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über das **Seniorenbüro**. Die Anfrage trägt die Unterschrift der Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Arbeit des Seniorenbüros?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die Frage der Steuerpflicht des Seniorenbüros angesichts der Tatsache, dass das Seniorenbüro in erheblichen Teilen für den Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Aufgaben der Alternerholung erledigt?

Drittens: Wie bewertet der Senat die Dauer des Verfahrens zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit gemessen an den Ansprüchen zur Weiterentwicklung der Verwaltung hin zu mehr Bürgerorientierung und verstärkter Einbindung ehrenamtlichen Engagements?

Präsident Weber: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Das Seniorenbüro wurde 1993 gegründet und hat sich in zunehmendem Maße als wichtiger und innovativ wirkender Baustein der offenen Altenhilfe in Bremen entwickelt. Aufgabenschwerpunkt sind die Angebote der Alternerholung, die 1996 von der kommunalen Altenhilfe dem Seniorenbüro übertragen wurden. Sie richten sich vorwiegend an ältere bis hochbetagte einkommensschwache Bremer Bürgerinnen und Bürger, für die andere Reiseangebote aufgrund sozialer oder krankheitsbedingter Probleme nicht beziehungsweise nicht mehr zugänglich sind.

Neben der Alternerholung bietet das Seniorenbüro eine Reihe von Gruppenaktivitäten und Veranstaltungen an, die kulturellen, informativen und geselligen Charakter haben. Alle Angebote wären ohne das hohe Maß an sozialem Engagement der zurzeit zirka 40 Ehrenamtlichen nicht möglich. Insgesamt beurteilt der Senat das Seniorenbüro als wichtigen und unbedingt erhaltenswerten Bestandteil der sozialen Struktur der offenen Altenhilfe.

Zu Frage zwei: Die überwiegende Anzahl der Antragsteller - zirka 70 Prozent - zählt zum oben genannten begünstigten Personenkreis. Dies ist wesentlicher Bestandteil der Voraussetzungen, die zu einer Steuerbefreiung führen. Grundsätzlich muss der Verein Seniorenbüro e. V. nach seiner Satzung und tatsächlichen Geschäftsführung alle Voraussetzungen des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung erfüllen. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend

und Soziales ist der Meinung, dass alle Voraussetzungen erfüllt werden, die zu einer Steuerbefreiung führen. Die Entscheidung trifft jedoch das Finanzamt, dem zwischenzeitlich alle notwendigen Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden. Mit einer Entscheidung ist in Kürze zu rechnen.

Zu Frage drei: Der Antrag auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit des Seniorenbüros wurde am 4. September 1998 beim zuständigen Finanzamt gestellt. Am 4. November 1998 wurde eine vorläufige Bescheinigung der Steuerbefreiung erteilt. Dies ist ein angemessener Zeitraum für die vorläufige Bearbeitung eines solchen Antrags. Die Arbeit des Seniorenbüros war durch diesen Bearbeitungszeitraum nicht beeinträchtigt und konnte auch mit der vorläufigen Bescheinigung uneingeschränkt geleistet werden. Den Ansprüchen zur Weiterentwicklung der Verwaltung hin zu mehr Bürgerorientierung und verstärkter Einbindung ehrenamtlichen Engagements wurde damit entsprochen.

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte sehr!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Meine Frage ist, ob wir davon ausgehen können, dass die Probleme, die sich für das Seniorenbüro im Augenblick darstellen, bald behoben sein werden und die Leute dann wieder befreit arbeiten können.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Ich gehe davon aus, dass die Befreiung in Kürze erteilt wird. So ist die Aussage des zuständigen Ressorts.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Verpackungsverordnung**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Hammerström, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Hammerström** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die zurzeit diskutierte Einführung eines Zwangspfandes für bestimmte Getränkeverpackungen, weil die in der Verpackungsverordnung festgeschriebene Quote nicht eingehalten wird?

Zweitens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, sich für die Förderung ökologisch verträglicher Getränkeverpackungen einzusetzen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die 1991 in Kraft getretene Verpackungsverordnung sieht zum Schutz und zur Förderung von ökologisch vorteilhaften Mehrweggetränkeverpackungen eine nicht zu unterschreitende Mehrwegquote von 72 Prozent vor. Wenn diese Quote nachhaltig unterschritten wird, und dies trifft zu, muss zwangsläufig, wenn nicht andere gesetzliche Regelungen geschaffen werden, eine Pfandpflicht für die betroffenen Einweggetränkeverpackungen zirka Mitte 2001 eingeführt werden. Die gegenwärtige Rechtslage ist nach Auffassung des Senats nicht optimal, da sich eine strenge Trennung nach Einweg und Mehrweg angesichts der Entwicklung nicht mehr halten lässt.

Der Senator für Bau und Umwelt hält es umweltpolitisch für richtig und wirtschaftspolitisch für akzeptabel, dass ökologisch eindeutig vorteilhafte Getränkeverpackungen gefördert und begünstigt werden und dass ökologisch eindeutig nachteilige Getränkeverpackungen sanktioniert werden. Er ist der Auffassung, dass das vom Bundesumweltminister angedachte Pfand auf alle ökologisch eindeutig nachteiligen Getränkeverpackungen, unabhängig von Quoten, Füllmengen sowie Getränkeart, das geeignete Instrument ist, sofern sich die gewollte Lenkungswirkung untermauern lässt. Damit würde zugleich auch das Littering-Problem eingedämmt werden. Versuche, alternative Instrumente zu entwickeln, um das gleiche ökologische Ziel zu erreichen, hatten bisher trotz des vorhandenen Zeitdrucks keinen Konsens gefunden.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen verweist auf neuere Ökobilanzstudien, die gezeigt hatten, dass es neben den Glasmehrwegsystemen ökologisch durchaus ebenbürtige Getränkeverpackungssysteme gibt. Vor diesem Hintergrund und unter Abänderung des Kriteriums in „ökologisch vorteilhaft“ und „ökologisch nachteilig“ wertet der Senator für Wirtschaft und Häfen die Frage einer Befandung als fortlaufenden Prozess und geht davon aus, dass die freiwillig zunehmende Ökologisierung der Getränkeverpackungen die ökologische Lenkungswirkung eines Zwangspfandes letztlich in Frage stellt. Insofern müsse eine generelle Pfandpflicht für Getränkeverpackungen vermieden werden.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen würdigt die freiwilligen Leistungen der Wirtschaft durch hohe Rücknahme- und Verwertungsquoten sowie zunehmend ökologisch gestaltete Verpackungssys-

teme. Soweit dieser von der Wirtschaft getragene Prozess mittelfristig zu keiner befriedigenden Lösung führt, kann nach Auffassung des Senators für Wirtschaft und Häfen zum Mittel der Sanktionierung ökologisch nachteiliger Getränkeverpackungen gegriffen werden.

Der Senat wird seine abschließende Positionsbestimmung im Rahmen des Bundesratsverfahrens vornehmen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hammerström** (SPD): Frau Senatorin, vielleicht könnten Sie, weil nicht jeder weiß, was ein Littering-Problem ist, das dem Haus einmal erklären! Zum Zweiten wollte ich eigentlich nicht die Stellungnahme des Senators für Wirtschaft und Häfen haben, sondern ich habe gefragt, wie der Senat gedenkt, mit diesem Thema umzugehen. Ich möchte hier feststellen, die Beantwortung dieser Frage ist nicht in meinem Sinne. Ich werde mir erlauben, in der nächsten Sitzung diese Fragen erneut zu stellen, und erwarte dann vom Senat eine Stellungnahme, nicht vom Senator für Bau und Umwelt und vom Senator für Wirtschaft und Häfen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, Sie haben ja auch noch einmal deutlich gemacht, dass das Zwangspfand kommt, weil es in der Verpackungsverordnung so festgeschrieben ist, dass im Moment die rotgrüne Bundesregierung hier versucht, auch andere Wege zu entwickeln, und dass dafür letztendlich auch eine Novelle in der Verpackungsverordnung notwendig ist. Sie haben sich auf der Umweltministerkonferenz dafür ausgesprochen und das hier ja deutlich gemacht, auch Herr Senator Hattig. Ich würde auch bitten - was wir hier erwarten als Parlamentarier und Parlamentarierinnen - um eine Stellungnahme des Gesamtsenats, wie er sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren verhalten wird.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich habe Ihnen vorgetragen, wie der gegenwärtige Sachstand ist, Sie haben daraus erkennen können, dass es im Senat keine eindeutige gemeinsame Meinung gibt, sondern unterschiedliche Positionen. Dies ist, wenn ich das sagen darf, an Punkten, die Bundesratsverfahren angehen, oft so, und auch da gibt es ein Verfahren des Senats, wie er sich, wenn es unterschiedliche Positionen gibt, verhält. Ich nehme aber natürlich gern zur Kenntnis, dass Sie die Fragen wieder stellen wollen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch eine Frage hinsichtlich des Problems, das wir jetzt haben, wir werden das ja nachher auch im Zusammenhang mit der Frage einer sauberen Stadt debattieren: Welchen Anteil haben denn die „Vermüllungen“ durch Dosen an dem Reinigungsproblem, und welche Kosten entstehen der Stadt dadurch?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Die Fragen kann ich Ihnen so nicht beantworten. Fakt ist sicher, und das gilt nicht nur für Bremen, sondern für sehr viele Städte, dass die Verunreinigung der Stadt durch weggeworfene Dosen doch einen erheblichen Umfang annimmt und auch oft beklagt wird. Aber, wie gesagt, das ist ein bundesweites Problem, und insofern spielt das in der Gesamtbetrachtung sicher eine Rolle.

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Frau Senatorin Wischer.

Die sechste Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Verkauf des Grünenkamps**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Kummer, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch war der Erlös aus dem Verkauf des Grünenkamps?

Zweitens: Welche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Freimachung des Geländes wurden in welcher Höhe aus dem Erlös finanziert?

Drittens: Wie hoch ist die verbleibende Summe, aus der die mit dem Beirat Neustadt verhandelten Kompensationsmaßnahmen im Stadtteil, zum Beispiel den so genannten KSB-Platz, finanziert werden sollen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Staatsrätin Winther.

Staatsrätin Winther: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der aus dem Verkauf des Grünenkamps erzielte Erlös beträgt rund 5,4 Millionen DM.

Zu Frage zwei: Entsprechend der Beschlussfassung des städtischen Vermögensausschusses vom 8. Mai 1998 sind folgende Maßnahmen aus dem Verkaufserlös zu finanzieren: Verlegung von Leitungen 200.000 DM, Kampfmittelsondierung des Grünenkamps 20.000 DM, Verlegung einer Gleichrichterstation der BSAG 1.200.000 DM, ursprüngliche Kostenschätzung 1.300.000 DM. Diese Maßnahmen wurden bisher noch nicht durchgeführt, so dass die endgültige Höhe der Kosten noch nicht feststeht.

Zu Frage drei: Aus dem verbleibenden Nettoverkaufserlös in Höhe von rund vier Millionen DM wurde mit Zustimmung des Vermögensausschusses vom 18. September 1998 ein zwischen Westerstraße, Heinrich-Bierbaum-Straße und Grünenstraße gelegenes bebauter Grundstück angekauft, um diese Fläche zu einem öffentlichen Stadtplatz herzurichten. Die Kosten dieses Ankaufs belaufen sich inklusive Nebenkosten auf rund 3,6 Millionen DM. Die Kosten für die derzeit laufende Freimachung des Grundstücks liegen nach Aussage der WfG, Bremer Wirtschaftsförderungsgesellschaft, bei 300.000 DM, so dass aus dem Verkaufserlös des Grünenkamps nach heutigem Stand rund 45.000 DM für die weitere Herrichtung des Platzes verbleiben.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Gibt es schon Überlegungen, Frau Staatsrätin, wie die städtebauliche Herrichtung des Platzes über die 45.000 DM hinaus, was ja offensichtlich für eine vernünftige Platzgestaltung nicht ausreicht, finanziert werden soll, weil eine leere Fläche ja noch kein Platz ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Ich kann dazu nur sagen, dass die Vereinbarung mit dem Beirat, die dann auch in die Vorlage für den Vermögensausschuss eingegangen ist, gelautet hat, das heißt, unser Haus hat die Forderung akzeptiert, dass von dem Verkaufserlös nach Abzug der Herrichtungskosten für den Grünenkamp die verbleibenden Mittel für Maßnahmen in der Neustadt bereitgestellt werden, und dieser Verpflichtung sind wir seitens des Wirtschaftsressorts nachgekommen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Möbius** (SPD): Frau Staatsrätin, es muss ja auch eine gewisse Sinnhaftigkeit haben,

wenn wir Mittel wieder in die Neustadt einfließen lassen, wie es auch der Beirat beschlossen hat, und es ist doch offensichtlich, dass 45.000 DM nicht ausreichend sind, um ein Gelände so herzurichten, dass es auch dem Stadtteil wieder zugeführt wird. Da erwarte ich schon, dass ein bisschen mehr darauf eingegangen wird und das nach städteplanerischen Gesichtspunkten noch etwas näher erläutert wird.

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Noch einmal: Die Verpflichtung des Wirtschaftsressorts war, den Verkaufserlös abzüglich der Kosten für die Herrichtung des Grünenkamps für die Neustadt zur Verfügung zu stellen. Das haben wir getan. Die weitere Gestaltung ist eine Frage, die die Städtebauer und die Stadtentwicklung angeht. Da haben Sie Recht, dass hier auch weiter geplant werden muss, insofern sind die Stadtplaner nun am Zuge. Nach meinen Erkenntnissen ist das Amt für Straßen und Verkehr dabei, diesen Bereich zu planen, und insofern lege ich es in die bewährten Hände der Städteplaner.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Jäger** (CDU): Frau Staatsrätin, teilen Sie meine Auffassung, dass die Enttäuschung der Neustädter weniger daher rührt, dass man nun 3,6 Millionen DM zum Ankauf für das Grundstück ausgibt, sondern vielmehr daher, dass nun diese Trafostation, wie ich sie einmal bezeichnen möchte, eine De-luxe-Ausführung und nicht mehr nur eine reine Umsetzung ist und gerade aufgrund dieser Tatsache erhebliche Gelder verloren gehen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Ob es eine De-luxe-Ausführung ist, kann ich nicht beurteilen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass in der alten Vorlage, also in der aus dem Jahr 1998, die ich eben gerade erwähnt habe, die Kosten sowohl für die Verlegung von Leitungen als auch für die Neugestaltung oder den neuen Bau dieses Trafohauses mit 1,3 Millionen DM geplant waren und wir jetzt davon ausgehen, dass dafür 1,2 Millionen DM notwendig sind. Die endgültigen Kosten sind aber noch nicht klar, da wir uns in der Umsetzungsphase befinden.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Jäger** (CDU): Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass sich die Fläche nicht, wie es jetzt bereits stattfindet, zu einem wilden Parkplatz ver-

kommt, sondern dass Maßnahmen seitens des Senats eingeleitet werden, dass dieser Platz einer neuen Nutzung möglichst in einem geordneten Übergang zugeführt wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Ich will mich mit den anderen Zuständigen gern dafür einsetzen, dass das geschieht und dass dort auch ein Veranstaltungsort hergerichtet werden kann.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Staatsrätin, wären Sie denn auch bereit, sich dafür einzusetzen, wenn nun die Summe aus dem Verkaufserlös aus den schon genannten Gründen so gering ist, dass aus Mitteln des Wirtschaftsressorts die weitere Platzgestaltung mit gefördert wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Ich gehe davon aus, dass das ein Bereich ist, für den die Stadtentwicklung zuständig ist.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Frau Staatsrätin Winther.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Obdachlosenpolizeirecht**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viel Personen sind zurzeit nach dem Obdachlosenpolizeirecht, OPR, untergebracht?

Zweitens: Wie lange laufen im Durchschnitt Einweisungen nach dem OPR?

Drittens: Werden die OPR-Einweisungen nach Veränderung der persönlichen Verhältnisse der Betroffenen in so genannte normale Mietverträge umgewandelt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Wohnungshilfe des Amtes für Soziale Dienste hatte Ende Oktober dieses Jahres 2560 Wohnungen nach dem Bremischen Polizeigesetz belegt. Die genaue Personenzahl kann wegen häufiger Zu- und Abgänge, die der Wohnungshilfe nicht gemeldet werden, nicht genannt werden.

Gemäß der Auszählung einer Stichprobe durch einen Gutachter liegt die Durchschnittsbelegung der OPR-Wohnungen bei 2,3 Personen pro laufendem Nutzungsverhältnis. Demnach sind derzeit zirka 5900 Menschen nach dem Bremischen Polizeigesetz untergebracht.

Zu zwei: Die Einweisungsdauer wird nicht erfasst. Zurzeit wird deren Dauer auf zwei Jahre begrenzt, es ist allerdings künftig eine Befristung auf sechs Monate vorgesehen.

Zu drei: Umwandlungen von öffentlich-rechtlichen Nutzungs- in private Mietverhältnisse hat es in Einzelfällen gegeben, sofern die Nutzerinnen und Nutzer die dafür notwendigen Voraussetzungen erfüllten und die Wohnungseigentümer und -eigentümerinnen einem Mietvertragsabschluss zustimmten.

Für die Zukunft ist geplant, die Zahl der Nutzungen nach dem Bremischen Polizeigesetz zu reduzieren und - mit entsprechenden flankierenden Maßnahmen - auf den Abschluss von Mietverträgen hinzuwirken. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Ich habe noch eine Zusatzfrage! Ich habe das jetzt so verstanden, dass die Dauer der OPR-Einweisungen auf zwei Jahre begrenzt ist. Ich habe da vor Ort eine andere Erkenntnis gewonnen, aber mich interessiert einmal eines: Wenn das auf zwei Jahre begrenzt ist und dann zu Frage drei geantwortet wird, dass die Umwandlung von öffentlich-rechtlichen Nutzungen in private Mietverhältnisse nur in wenigen Fällen passiert ist, wo sind die Leute geblieben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Wir beabsichtigen im Moment, die gesamte Frage anders zu regeln, neu zu regeln und mehr auf Prävention zu setzen. Es muss natürlich darauf ankommen, Leute nicht nur vorübergehend unterzubringen und sich dann zwar vorzunehmen, das zeitlich zu befristen, aber sie tatsächlich in vielen Fällen auch über längere Zeiträume so unterzubringen. Das ist nicht ak-

zeptabel! Wir müssen mehr auf Prävention setzen! Das wird im Amt vorbereitet. Wir werden noch Ende des Jahres zu einem Kontrakt auch mit dem Amt für Soziale Dienste darüber kommen, wie das geschehen kann.

Wir sind im Moment in Vertragsverhandlungen mit den Wohnungsbauunternehmen, wie wir diesen ganzen Bereich anders gestalten können, wie es also auch möglich sein kann, diesen Menschen Mietverträge anzubieten wie allen anderen Mietern auch. Das hat für die Wohnungsbaugesellschaften Risiken, die sie bisher nicht hatten. Das müssen wir mit ihnen aushandeln, aber wir sind da aus meiner Sicht auf gutem Wege und werden das der zuständigen Deputation natürlich vorlegen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Pferdetrainingsbahn**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Seit wann hat der Senat von den Schwierigkeiten beim Grunderwerb für die so genannte Pferdetrainingsbahn - Kluvenhagener Straße/ Mahndorfer Deich/Bi'n Tegelplatz - Kenntnis?

Zweitens: Welche Lösungsmöglichkeiten sieht der Senat, und wie schätzt der Senat die Realisierungschancen ein?

Drittens: Welche Alternativen werden gegebenenfalls vom Senat verfolgt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Staatsrätin Winther.

Staatsrätin Winther: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins bis drei: Die Bremer Investitions-Gesellschaft mbH, BIG, hat im Zusammenhang mit dem Erwerb von Grundstücken in der Arberger und Mahndorfer Marsch für eine Gewerbegebietentwicklung auch Flächen in der Nähe des Mahndorfer Sees erwerben müssen, so genannte Überhangflächen. Der Senat plant, diese Überhangflächen als Ersatz für den vom Rennplatz Vahr verdrängten Trainingsbetrieb für Galopprenn-

pferde nunmehr mit privaten Investoren für eine Trainingszentrale zu nutzen.

Vor zirka zwei Wochen sind Schwierigkeiten bezüglich des Erwerbs einer Zwischenfläche, die für eine zunächst verfolgte Planungsvariante erforderlich gewesen wäre, aufgetreten. Die Planungen für den Trainingsbetrieb waren allerdings von vornherein so variabel ausgelegt, dass die Realisierung des Projektes auch ohne diese Zwischenfläche möglich wird.

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Ich muss in der Tat noch eine Zusatzfrage stellen! Ich hatte drei Fragen gestellt, die sind jetzt in einer Gemengelage von eins bis drei beantwortet worden. Insofern darf ich mir erlauben - nach dem Motto: Gehe ich recht in der Annahme? -, die Staatsrätin zu bitten, das eine oder andere noch einmal klarzustellen.

Gehe ich recht in der Annahme, dass der Senat vor zirka zwei Wochen von den Schwierigkeiten erfahren hat, diese eine noch benötigte Fläche zu erwerben, das heißt also, nachdem die „taz“ in einem großen Artikel darüber berichtet hatte?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Es wird zurzeit mit zwei Eigentümern verhandelt, von denen beide verkaufsbereit sind. Es ist eine Annäherung in der Preisfrage erfolgt, so dass diese Flächen zum Jahresende 2000 beziehungsweise Anfang 2001 zur Verfügung stehen.

In der Tat gibt es Probleme mit einem dritten Eigentümer. Er besitzt ein schmales Riegelgrundstück, das im westlichen Drittel das Gelände vom Mahndorfer Deich bis zur Autobahn umfasst. Die Eigentümerin lehnt einen Verkauf kategorisch ab. Es wird begründet, dass das Verkehrsaufkommen in diesem Gebiet zu hoch sei, was allerdings nachweislich nicht gegeben ist.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Sie haben eben ausgeführt, dass mit zwei Grundstückseigentümern noch verhandelt wird und einer nicht will.

(Staatsrätin Winther: Eine!)

Eine! Der Eigentümer eines Grundstücks kann auch eine Gesellschaft, eine GmbH sein. Ich frage also ganz gezielt nach: Wie viel Flächen hatte Bremen vorab als Überhangflächen, das sind ja

Riesenflächen, erworben? Das scheint mir wenig zu sein.

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Mit zwei Eigentümern wird verhandelt, und mit zweien steht der Abschluss eines Vertrages kurz bevor.

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Vier! Zwei und zwei sind vier!)

Es gibt insgesamt drei Grundstücke mit drei unterschiedlichen Eigentümern. Mit zwei Eigentümern steht eine Lösung kurz bevor, mit dem dritten gibt es ein Problem. Dies bedeutet aber nicht, dass eine Trainingsbahn in irgendeiner Form eingeschränkt wird. Durch Verlagerung einzelner Komponenten, zum Beispiel Stallanlagen und Silos, wird es möglich sein, eine Trainingsbahn mit einer Geraden von 460 Metern und einer von 425 Metern zu bauen.

Dies ist eine Trainingsbahn, die besonders gut ist und die in einer solchen Größenordnung an kaum einem anderen Standort zu finden ist. Allein Köln und München haben längere Bahnen, das heißt Bahnen von 500 Metern. Dies hier zu erreichen wäre unser Wunschziel gewesen. Wir werden uns jetzt mit 460 Metern begnügen müssen. Auch dies ist mehr, als andere Standorte haben, und dies ist für eine Trainingsbahn eine optimale Lösung.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Ich möchte noch eine Zusatzfrage stellen. Ich gehe also recht in der Annahme, dass der Senat immer davon ausgegangen ist, dass innerhalb dieses Grundstücksdreiecks variabel eine Trainingsbahn gebaut werden konnte? Hat man dann bei den Planungen hinsichtlich des Verkehrskonzeptes Bremer Osten - die ja im Moment noch nicht abgestimmt sind, sowohl rechts als auch links sind Straßen möglich - daran gedacht, dass so etwas passieren kann, oder laufen die Pferde nachher über die Straße?

(Heiterkeit)

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Man hat hier alle Möglichkeiten ausgelotet. Man hat auch Alternativstandorte gesucht, und auch hierfür gibt es Lösungen. Es gibt zum Beispiel auch Lösungen südlich der Autobahn auf Grundstücken, die im Besitz der BIG sind. Nur im Moment ergibt sich keinerlei Bedarf und Notwendigkeit, auf solche Alternativmöglichkeiten zurückzukommen, sondern es ist, wie gesagt, durch einfache Verlagerung von Kompo-

nennten der Trainingsbahn - also Silos und Ähnliches - möglich, eine optimale, sehr gute und bessere Trainingsbahn als an anderen Standorten zu realisieren.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Reichert?

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Ich bedanke mich für die Antwort, und ich hoffe, dass Sie das auch wirklich umsetzen können, was Sie eben erzählt haben!)

Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Görtz!

Abg. **Görtz** (SPD): Ich habe eine Frage: Wie viel Hektar umfasst das Gelände, also wie groß ist das Gelände?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Das muss ich Ihnen nachliefern. Ich kann Ihnen nur die Koordinaten liefern, aber die genaue Hektarzahl liefere ich nach.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Görtz** (SPD): Die zweite Frage ist: Wie sieht das mit dem Geld aus? Welche Geldtöpfe werden in Anspruch genommen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Das ist Bestandteil des Beschlusses „Pferdetrainingsbahn“, und das mögen Sie bitte dort nachlesen!

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte!

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Frau Staatsrätin, auf diesen Beschluss, den wir gefasst haben, möchte ich gerade kommen. Im Zusammenhang mit der Sanierung der Rennbahn in der Vahr ist diese Verlagerung des Trainingsbetriebes überhaupt notwendig. Es ist keine Verdrängung, wie Sie vorhin gesagt haben, sondern es ist uns dargestellt worden, dass das eine notwendige Maßnahme sei.

Ich will jetzt nicht fragen, wo laufen sie denn,

(Heiterkeit)

aber jetzt höre ich zu meinem Erstauen, dass Sie an eine Verlagerung von Komponenten denken, wie ich gerade eben von Ihnen hier mündlich erfahren habe. Wir haben da ein Gesamtkonzept beschlossen, und dieses Gesamtkonzept ist mit

entsprechenden Kosten und Mittelbereitstellung ausgestattet, die wir auch beschlossen haben. Ergeben sich aus diesen Schwierigkeiten jetzt Mittelserhöhungen, die wir bis jetzt nicht kennen, und was bedeutet die Verlagerung von Komponenten, wie es so schön heißt, Silos und so weiter? Es ist ein Gesamtkonzept, das in sich schlüssig ist und das in sich auch umgesetzt werden muss, wir haben das ja sehr detailliert beraten!

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Es geht hier nur um Komponenten, die innerhalb der Anlage für den Trainingsbetrieb gebaut werden müssen. Ich gehe nicht davon aus, dass es Kostenveränderungen gibt, wenn man das Silo an eine andere Stelle verlagert. Aber es hat nichts mit neuen Komponenten aus der Vahr zu tun. Es geht nur um das Areal der Trainingsbahn und dort um eine Verschiebung eben dieses Silos, um diese Bahnlänge von 460 Metern zu erreichen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Eine Bitte! Ich bitte darum, dass Sie über diese Veränderungen die Deputation und die Wirtschaftsförderungsausschüsse möglichst zeitnah informieren. In der Wirtschaftsdeputation hatte ich darum schon gebeten. Können Sie das sicherstellen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Das kann ich sicherstellen!

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Staatsrätin, habe ich Sie richtig verstanden, dass zum Zeitpunkt der Entscheidung in den Wirtschaftsförderungsausschüssen über das Rennbahnkonzept - sprich Rennbahn und Trainingsbahn, das war ja eine Einheit, auch mit den Kosten - die BIG nicht Eigentümer der Grundstücke für die Rennbahn war?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Welche Grundstücke sie im Einzelnen bis dahin angekauft hatte, muss ich Ihnen nachliefern. Ich kann nur sagen, dass es kein Problem mit der Verlagerung der Trainingsbahn gibt, denn die Verträge mit zwei Grundstücksbesitzern stehen kurz vor dem Abschluss, so dass dort, wie von mir geschildert, eine Bahn realisiert werden kann.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Staatsrätin, ich würde gern wissen, ob die Ankaufkosten für diese Grundstücke, die Sie jetzt noch kaufen müssen, mit in die Gesamtkostenberechnung, die damals den Wirtschaftsförderungsausschüssen vorgelegen hat, aufgenommen worden sind oder nicht.

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Das habe ich Ihnen bereits beantwortet! Ich schlage Ihnen aber vor, dass ich zu den Informationen, die Frau Lemke-Schulte gern haben möchte, Sie auch hierüber in den nächsten Wirtschaftsförderungsausschüssen informiere.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte Frage! Frau Staatsrätin, können Sie dem Parlament verbindlich zusichern, dass die Trainingsbahn an dieser Stelle und nicht jenseits der Autobahn in der Mahndorfer Marsch gebaut wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Es mögen Möglichkeiten denkbar sein, und ich halte es im Rahmen einer Vorsorge auch für vernünftig, dass man Alternativstandorte mit ins Auge fasst. Zum derzeitigen Zeitpunkt sehe ich keinerlei Anlass, über diese Alternativen nachzudenken.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Bedauerlicherweise muss ich doch noch eine Frage stellen. Frau Staatsrätin, wenn Sie Alternativen ins Auge fassen, haben Sie für diese Alternativen auch schon die Kosten ermittelt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Ich habe Ihnen gerade gesagt, dass wir im Moment nicht davon ausgehen, dass es einen Bedarf an Alternativlösungen gibt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Schulstruktur in Huchting**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Trifft es zu, dass bereits bis zum Ende des Jahres 2000 eine Entscheidung über das künftige Schulangebot der Sekundarstufen I und II im Stadtteil Huchting fallen soll?

Zweitens: Wenn ja, warum so kurzfristig?

Drittens: Wäre der Senat bereit, die Planungsphase zu verlängern und der gymnasialen Oberstufe Delfter Straße auch im Schuljahr 2001/2002 zusätzliche Lehrerstunden zur Sicherung ihres Angebots zur Verfügung zu stellen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins und zwei: Um Zeit für eine Klärung der Schulsituation in Huchting unter Einbeziehung aller Betroffenen zu gewinnen, wird die Entscheidung über das künftige Schulangebot der Sekundarstufen I und II in Huchting nicht mehr im Jahr 2000 getroffen.

Zu drei: Der Senator für Bildung und Wissenschaft wird dem Schulzentrum des Sekundarbereichs II Huchting - Gymnasium - die zur Aufrechterhaltung beziehungsweise Absicherung des Unterrichtsangebots der gymnasialen Oberstufe erforderlichen Lehrerstunden auch im Schuljahr 2001/2002 zur Verfügung stellen.

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen?

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Herzlichen Dank, das war sehr befriedigend!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Sperrstunde für Harry Potter**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Linnert, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Maßnahmen hat das Gewerbeaufsichtsamt unternommen, um einen Verkauf des

neuen Harry-Potter-Buches um Mitternacht zum 14. Oktober 2000 zu unterbinden?

Zweitens: Mit welcher Begründung wurde so eine besonders restriktive Auslegung der Ladenöffnungszeiten praktiziert?

Drittens: In welchen anderen Städten wurde der Verkauf des Buches um Mitternacht erlaubt beziehungsweise geduldet?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat keine Veranlassung gesehen, den Gewerbeaufsichtsämtern als Aufsichtsbehörden nach dem Ladenschlussgesetz Vorgaben in Bezug auf die Überwachung der geplanten Harry-Potter-Aktivitäten zu machen. Das Gewerbeaufsichtsamt hat aufgrund von Anfragen und Hinweisen unter anderem durch die Polizei die Buchhändler im Innenstadtbereich am 13. Oktober aufgesucht und über die Rechtslage aufgeklärt. Nur eine Buchhandlung hat in ihren Geschäftsräumen eine Party, jedoch ohne den ursprünglich geplanten Verkauf von Büchern, durchgeführt. Eine Kontrolle wurde nicht durchgeführt.

Zu zwei: Der Senat ist nicht der Auffassung, dass eine besonders restriktive Handhabung des Gesetzes dadurch praktiziert wurde, dass Einzelhändler über langjährig geltende Vorschriften informiert wurden. Im Übrigen hat das Gewerbeaufsichtsamt sich gegenüber der einen Buchhandlung dahin gehend geäußert, dass die Party nach Ladenschluss, jedoch nur unter Rücksichtnahme auf die bereits eingeladenen Kinder und Eltern, geduldet werde.

Zu drei: Erkundigungen bei einigen Länderministerien haben ergeben, dass von dort bis auf Berlin keine Vorgaben seitens der Landesregierungen für die zuständigen Aufsichtsbehörden gemacht wurden. In Berlin wurde die Party in einem Bücherkaufhaus als zulässig angesehen, Hamburg hatte im Vorfeld keine Kenntnisse über derartige Aktionen. In Niedersachsen sind die Bezirksregierungen zuständig. Hier soll es unterschiedliche Handhabungen gegeben haben. Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für derartige Fälle sieht das Gesetz nicht vor. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, warum finden Sie eigentlich, dass es keine restriktive Auslegung des Gesetzes ist, wenn das Gewerbeaufsichtsamt extra einen Tag vor Mitternacht des 14. Oktober die Buchhändler in der Innenstadt aufsucht und sie noch einmal ordentlich darauf hinweist, dass auf keinen Fall ein Buch verkauft werden darf? Das ist doch eine restriktive Handhabung des Gesetzes!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Die Überwachung des Ladenschlussgesetzes ist eine von vielen Aufgaben des Gewerbeaufsichtsamtes. Im Rahmen der Arbeitsplanung müssen natürlich Gewichtungen vorgenommen werden, Prioritäten gesetzt werden. Im Rahmen dieser Prioritätensetzung hat das Nachgehen von Beschwerden und von Anfragen eine hohe Priorität, weil das auch als besonders kundenfreundlich angesehen wird.

(Beifall bei der SPD)

Hier lagen Anfragen und Beschwerden vor, und da hat das Gewerbeaufsichtsamt aus meiner Sicht richtig reagiert, hat die Buchhändler aufgesucht und darauf hingewiesen, dass das, was da geplant ist, nicht im Einklang mit der geltenden Rechtslage steht. Das war ein Hinweis. Dann hat jeder entschieden, wie er es betreibt. Es ist nichts untersagt worden.

Ich glaube, dass man hier auch nicht mit zweierlei Maß messen darf. Wenn plötzlich ein großes Kaufhaus auf die Idee käme, eine Party zu feiern und einen Club zu eröffnen, in dem dann die, die gern abends noch kaufen würden, nach 21 Uhr mit Clubkarte - die aber jedem frei zugänglich ist - zum Einkaufen gehen können, ich glaube, dass dann hier die Reaktionen und die Nachfragen vielleicht auch anders gewesen wären.

(Beifall bei der SPD)

Die politische Debatte um das Ladenschlussgesetz ist die eine Seite, sie muss geführt werden, und sie wird zu entscheiden sein. Die geltende Rechtslage ist eine andere Sache, und zur Überwachung dieser geltenden Rechtslage sind die Ämter verpflichtet. Ich glaube, dass hier durchaus maßvoll vorgegangen worden ist, weil hier genau das stattgefunden hat, was geplant war.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Warum ist es denn nicht möglich, dafür eine Aus-

nahmeregelung zu erteilen? Sonst werden ja auch Ausnahmen vom geltenden Ladenschlussgesetz anlässlich besonderer Festlichkeiten oder zum Beispiel der Expo erteilt.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Es gab keine Anträge!

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Ja, da muss es doch Anträge geben!)

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Dann frage ich Sie, warum es nicht gerade im Sinne der Wirtschaftsförderung und im Sinne der Stärkung des Standortes Bremen möglich gewesen ist, die Buchhändler dahin gehend zu beraten, dass man das auch wirklich zu einem Event für die Innenstadt Bremens machen kann,

(Unruhe)

und sie insofern zu beraten, dass es möglich ist, dafür Anträge zu stellen und das als besondere Attraktion für die bremische Innenstadt auch auszubauen.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Ich glaube, dass Sie da das Gewerbeaufsichtsamt auch überfordern. Es hat hier nicht die Funktion, beratend zu wirken für wirtschaftsfördernde Events,

(Beifall bei der SPD)

sondern eine aufsichtsrechtliche Funktion, und das ist dann eine Frage, die man an anderer Stelle, etwa in der Wirtschaftsdeputation, einmal ansprechen könnte. Dieses Ansinnen jetzt aber an die Gewerbeaufsicht zu richten finde ich, ehrlich gesagt, verfehlt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Frau Senatorin Adolf.

Die elfte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Altablagerung „Amtsgericht“ (A 531.002) in Bremen-Blumenthal**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Kenntnisse hat der Senat über das Umweltgefährdungspotential der Altablagerung „Amtsgericht“ gehabt, bevor er die ehemalige Betriebsdeponie der Bremer Wollkämmerei zum Verkehrswert von 22 DM pro Quadratmeter abgekauft hat?

Zweitens: Welche vertraglichen Festlegungen wurden für welchen Zeitraum mit der BWK zur Entsorgung des anfallenden und schadstoffbelasteten Sickerwassers geschlossen?

Drittens: Mit welchen Kosten hätte die Stadtgemeinde Bremen zu rechnen, falls die Entwicklung der Belastungssituation eine Schadstoffentfrachtung des Grundstücks „Altablagerung Amtsgericht“ erfordern würde?

Präsident Weber: Zur Beantwortung erhält das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Im Jahr 1989 wurde im Auftrag des Amtes für Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft ein Gutachten zur Gefährdungsabschätzung der Altablagerung „Amtsgericht“ erstellt. Die wichtigsten gutachtlichen Aussagen waren, dass aus Sicht des Grundwasserschutzes keine Abwehr- und Sicherungsmaßnahmen wie zum Beispiel Oberflächenabdeckung empfohlen werden, dass aber vorgeschlagen wird, Sickerwasser beziehungsweise Stauwasser aus zwei Brunnen abzupumpen.

Die Arbeitsgruppe Altlasten, bestehend aus Vertretern der Bereiche Umwelt, Bau und Gesundheit, hat am 28. Februar 1990 den Empfehlungen des Gutachters zugestimmt. Dementsprechend pumpt die Bremer Wollkämmerei seit einigen Jahren das Stauwasser aus zwei Brunnen ab. Darüber hinaus werden das Stauwasser und der Grundwasserabstrom der Altablagerung im Rahmen des städtischen Altablagerungsüberwachungsprogramms seit acht Jahren halbjährlich überwacht. Aus der Überwachung ergab sich bisher kein Handlungsbedarf.

Zu zwei: Mit der Bremer Wollkämmerei wurde vertraglich vereinbart, dass das eindringende Niederschlagswasser - Stauwasser - auf unbestimmte Zeit regelmäßig durch die Bremer Wollkämmerei abzupumpen und auf ihre Kosten zu entsorgen ist, und zwar im bisherigen Umfang, monatlich ein Tankwagen mit bis zu 6000 Litern Inhalt.

Zu drei: Bisher wurden keine Austräge im Grundwasserabstrom festgestellt, die einen Handlungsbedarf begründen. Im Zusammenhang mit der Erschließung des Geländes wird aktuell geprüft, ob hinsichtlich der Stauwassersituation und der Oberflächenabdeckung zusätzliche Maßnahmen, zum Beispiel weitere Untersuchungen, erforderlich sind. In diesem Zusammenhang eventuell anfallende zusätzliche Kosten sind zum gegebenen Zeitpunkt in der zuständigen Deputation zu behandeln.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Warum sagten eigentlich die Wirtschaftsförderungsausschüsse in der Vorlage vom 25. November 1999, als es um die Frage des Verkaufs der Bereiche ging, die der BWK gehörten und die für die Erschließung nötig sind, explizit, dass von dieser Altlast „Amtsgericht“ kein latentes Risiko ausgehe? Sie haben ja selbst geschildert, es gibt die Ergebnisse der orientierenden Gefährdungsbeurteilung, aus der auch schon 1989 hervorging, dass sie ein Gefährdungspotential besitzt. Das ist mehr als ein Risiko, und ein latentes Risiko ist noch weniger. Hier also die Frage: Warum wurden da eigentlich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier falsch informiert?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich habe die Vorlage, die Sie eben zitieren, nicht vor Augen. Ich kann nur noch einmal auf die Antwort des Senats verweisen, welche Einschätzungen sich aufgrund der vorliegenden Gutachten ergeben haben. Im Übrigen, denke ich, ist ja auch im Bebauungsplan noch einmal darauf hingewiesen, dass hier eine Altlast ist. Ich kann jetzt nicht nachvollziehen, dass es keine hinreichenden Informationen gegeben hat. Alles, was sich möglicherweise jetzt noch ergeben kann, ist aktuell zu prüfen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe nicht gesagt, dass es keine hinreichenden Informationen gab, sondern mein Punkt ist der, dass eine falsche Information stattgefunden hat, dass dort explizit steht, es gehe kein latentes Risiko von dieser Altlast aus, und es war lange vorher bekannt, dass dem nicht so ist. Das war meine Aussage dazu!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ihre Aussage jetzt entspricht auch nicht dem, was ich Ihnen eben vorgetragen habe. So, wie mir das meine Verwaltung auch vor-

getragen hat, bezogen auf den Grundwassereintrag und all diese Dinge, ist man nicht von einem Risiko ausgegangen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Es gibt da auch andere Aussagen in dem Gutachten. Das könnte man ja einmal nachlesen, und ich werde da auch am Ball bleiben.

Ein zweiter Punkt: Ist dem Senat eigentlich bewusst, dass mit dem Erwerb dieser Altlast auch erhebliche Folgekosten auf den Haushalt der Stadt zukommen können?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich gehe zunächst einmal davon aus, dass wir im weiteren Verfahren, so wie eben vorgetragen, diese Fragen gründlich prüfen müssen. Dann werden wir sehen, ob dadurch Kosten generiert werden oder nicht.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zwölfte Anfrage trägt die Überschrift „**Eine DM für Selbsthilfegruppen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Haker, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Haker** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Was tut der Senat, um zu gewährleisten, dass die Selbsthilfegruppen im Land Bremen tatsächlich die Förderung der Krankenkassen in Höhe von einer DM pro Jahr und Person erhalten, wie es im Gesundheitsreformgesetz 2000 festgelegt ist?

Zweitens: Wie gedenkt der Senat sicherzustellen, dass diese Förderung nicht zu einem Rückzug anderer privater Finanziers führt?

Drittens: Inwieweit sind den Bremer Selbsthilfegruppen bereits Mittel aus der oben genannten Förderung zugeflossen?

Präsident Weber: Zur Beantwortung erhält das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat versteht die Selbsthilfeförderung als gemeinschaftliche Aufgabe der öffentlichen Hand in Kooperation mit den Kostenträgern. Das SGB V verpflichtet in Paragraph 20 Absatz 4 die Krankenkassen, pro Mitglied und Jahr insgesamt eine DM zur Unterstützung der Selbsthilfe aufzuwenden. Die Krankenkassen des Landes Bremen haben bereits in Eigenregie mit der Förderung der Selbsthilfe begonnen. In einem ersten Gespräch zwischen dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und den Kassen im Frühjahr 2000 wurde mit den Kostenträgern vereinbart, auf einheitliche Förderrichtlinien hinzuwirken mit der Option eines gemeinsamen Förderpools. Hierzu sind Verhandlungen noch in diesem Jahr vorgesehen.

Dem Senat sind private Finanziere im Bereich der Selbsthilfeförderung nicht bekannt. Soweit es jedoch private Finanziere gibt, sollte deren Engagement nicht ersetzt, sondern ergänzt werden.

Die Krankenkassen haben sich im Vorfeld der anstehenden Vereinbarungen über gemeinsame Förderrichtlinien im Sinne der Transparenz verpflichtet, dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales jeweils mitzuteilen, welche Selbsthilfegruppen bereits gefördert werden. Folgende Gruppen werden im Jahr 2000 von den Krankenkassen gefördert: Bremer Hilfe zur Selbsthilfe e. V., Deutsche Parkinson Vereinigung, Regionalgruppe Bremen, Agoraphobie Bremen e. V., Elternkreis essgestörter Töchter und Söhne, Bremer Gruppe des Bundesverbandes Kleinwüchsiger Menschen, Bremer Gruppe für erwachsene Muskelkranke der Deutschen Gesellschaft für Muskelkranke, EPSYMO, Bremen, Deutsche Multiple-Sklerose-Gesellschaft, Landesverband Bremen.

Die Höhe der Fördermittel ist dem Senat nicht bekannt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Haker** (CDU): Sie haben ja gerade in Ihrer Antwort ausgeführt, dass sich die Krankenkassen verpflichtet haben, Ihnen mitzuteilen, welche Selbsthilfegruppen aus diesem Topf gefördert werden. Vor diesem Hintergrund wollte ich Sie fragen: Gilt dann auch für das Ressort, dass diese Mittel neben der Förderung aus Ihrem Hause als Ergänzung gesehen werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Wir wenden ja einen großen Teil von Mitteln, insgesamt sind es ungefähr 500.000 DM im Land Bremen, für Selbsthilfeförderung auf, und diese Mittel der Krankenkassen

kommen hinzu. Damit es da im Bereich von Anträgen keine Überschneidungen gibt und auch kein Auspielen des Ressorts gegen die Krankenkassen oder umgekehrt, wollen wir gern zu einheitlichen Förderrichtlinien kommen, und das verhandeln wir zurzeit.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dreizehnte Anfrage steht unter dem Betreff „**Zu den geplanten Änderungen im Gesetz über das Leichenwesen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie viele Fälle gab es seit 1995, in denen für eine in eine Leichenhalle eingelieferte Leiche kein Antrag auf Bestattung gestellt wurde und die zuständige Behörde eine Bestattung veranlassen musste?

Wie hoch sind die Kosten in den Jahren seit 1995 für die öffentliche Hand, die durch derartige Bestattungen entstanden sind?

Mit welchem Konzept sichert das Institut für Rechtsmedizin verbindlich ab, zukünftig eigenständig Bestattungen in derartigen Fällen zu einem deutlich niedrigeren Preis als private Unternehmer vornehmen zu können?

Präsident Weber: Zur Beantwortung erhält das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Das Institut für Rechtsmedizin hat 1995 fünf, 1996 und 1997 jeweils 13, 1998 116, 1999 188 und von Januar bis September 2000 163 amtliche Anordnungen zur Bestattung erteilt. Von April bis Dezember 1998 entstanden hierfür Kosten in Höhe von 329.000 DM, 1999 708.000 DM und von Januar bis September 2000 530.000 DM.

Die seit April 1998 deutlich gestiegene Anzahl amtlicher Anordnungen resultiert aus einer Änderung des Kostenübernahmeverfahrens. Bis zum April 1998 erhielten Bestatter für Leichen, für die kein Bestattungsauftrag erteilt wurde, vom Sozialamt eine Kostenübernahmebescheinigung und führten die Bestattung durch. Das Institut für

Rechtsmedizin war in diesen Fällen nicht beteiligt und erteilte Anordnungen zur Bestattung nur für Verstorbene, die unmittelbar von der Polizei im Institut für Rechtsmedizin eingeliefert wurden. Seit April 1998 erfolgt nunmehr eine Kostenübernahme nur, wenn das Institut für Rechtsmedizin eine amtliche Anordnung erteilt hat.

Dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales liegt ein Angebot des Instituts für Rechtsmedizin vor, künftig bei angeordneten Bestattungen das Einsargen und den Transport des Sarges zum Krematorium durchzuführen. Dieses Angebot wird derzeit geprüft und verhandelt. Religionsspezifische Erfordernisse an die Form der Bestattung werden dabei berücksichtigt. Über das Ergebnis soll in der Deputation für Arbeit und Gesundheit berichtet werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Frau Senatorin, Sie sagten, über das Konzept wird in der Deputation berichtet. Ich gehe davon aus, dass dieses Konzept in der Deputation beraten und zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Ja, selbstverständlich!

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Berichten und beschließen ist ein Unterschied! Aber davon kann ich ausgehen?)

Ja!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Kann ich denn auch davon ausgehen, dass erst die Beratung über das Konzept und natürlich die Beschlussfassung erfolgt und erst im Anschluss an die Beschlussfassung die Änderung des Gesetzes eingebracht wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Für die Änderung des Gesetzes brauchen wir eine ausführliche parlamentarische Beratung und natürlich auch eine Beschlussfassung.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang sind natürlich auch die anstehenden inhaltlichen Fragen zu prüfen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Ich glaube, es ist aber für Sie nachvollziehbar, Frau Senatorin, dass wir erst beschließen, wenn wir wissen, wohin die Reise geht, und erst dann das Gesetz ändern. Deshalb würde ich Sie bitten, es vorher in die Beratung einzubringen.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Ich bin jederzeit für Beratungen offen!

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Danke schön!)

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ist sichergestellt, dass vor der Beratung in der Deputation eine Stellungnahme der Kirchen eingeholt wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Die Kirchen haben sich zum Teil schon geäußert und werden natürlich in diesem Verfahren auch weiter intensiv beteiligt sein.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, die Zeit für die Fragestunde ist mittlerweile überschritten. Die nicht beantworteten Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Eiertanz in der Jugendförderung

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der eine macht solch eine Handbewegung in meine

Richtung und der andere fragt mich: „Bekomme ich es jetzt?“ Ich steige etwas sanfter in das Thema ein.

Eiertanz in der Jugendförderung! Es könnte ganz rhythmisch sein, aber ich glaube, die große Koalition ist aus dem Takt geraten. Ich möchte die Aktuelle Stunde hier einfach einmal nutzen, um den lebendigen Bereich der Jugendarbeit im Parlament zu thematisieren. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, kaum einer in der Stadt steht hinter der Kürzung, die Sie hier beschlossen haben. 25 Prozent weniger für Jugendclubs, für interkulturelle Jugendarbeit, für Mädchenförderung, für Jugendcafés und -discos! Ich könnte hier noch eine halbe Stunde darüber reden. Jugendarbeit in Bremen ist vielfältig, und da wollen Sie ganz kräftig zulangen.

Das so genannte Anpassungskonzept soll diese Kürzung stadtteilorientiert begleiten, und zusätzlich findet dann auch noch ein Umverteilungsprozess statt. Einige Stadtteile, die noch nicht so viel Geld haben, sollen jetzt ein bisschen mehr bekommen, und andere sollen etwas abgeben und stehen sich dann ein bisschen schlechter. Gleichzeitig, und das ist eigentlich die riesige Aufgabe, soll die Jugendarbeit konzeptionell weiterentwickelt werden. Aber das dickste Ei ist und bleibt die Einsparsumme von 2,5 Millionen DM! Das heißt, es wird zu Schließungen kommen - das müssen Sie sich einmal klar machen! -, wenn man nicht die Qualität in den Jugendeinrichtungen ganz massiv senken will. Es müssen Menschen ihre Arbeit aufgeben, und es wird auch zu einer Verschlechterung in der Angebotsstruktur für Jugendliche kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt bekommt es doch einer ein bisschen ab. Selbst der sozialpolitische Sprecher der SPD findet die Kürzungen auf einmal gar nicht mehr so gut und macht eine Pressemitteilung, die im „Weser-Kurier“ und in der „taz“ stand: „Die SPD setzt sich ein: Kürzungen aussetzen auch im nächsten Jahr!“ Die SPD hört so ein kleines bisschen wieder ihr soziales Gewissen, das finde ich gut! Aber was macht die CDU? Hört die CDU auch auf ihre Beiräte? Die Beiräte finden diese Kürzungen nämlich auch nicht gut und fordern Sie auf, diese Kürzungs- und Einsparquote noch einmal kräftig zu überdenken.

Erst werden alle aufgescheucht. Machen Sie sich das einmal klar, es ist ein wahnsinniges Beteiligungsverfahren in der Stadt gestartet worden! In allen Stadtteilen sind Jugendeinrichtungen, Kirchen, Sportvereine eingeladen worden, sich zu treffen, um eine Bestandsaufnahme der Jugend-

angebote zu machen. Das ist eigentlich einmalig und wurde vom Amt für Soziale Dienste auch gut organisiert. Jetzt kommt es mir aber so vor - und es ist wirklich so -, dass Sie halbherzig sagen: Wir retten die Jugendförderung! Auf der anderen Seite steht aber Ihr Haushaltsbeschluss.

Ich will fragen: Was ist daran? 55 Millionen DM sind durch Einsparungen in der Sozialhilfe übrig, Herr Pietrzok hat eine dementsprechende Pressemitteilung gemacht. Sie eiern jetzt ein bisschen herum, die Beiräte sagen: Wir müssen das Verfahren gar nicht weiter machen. Die SPD flüstert uns auch zu - es ist ja nicht nur Herr Pietrzok, es sind auch andere Leute hier im Haus, die das in den Stadtteilen sagen -: Frau Stahmann, das ist gar nicht so schlimm! Wir haben es schon gehört. Hören Sie einmal gut zu, die Kürzung kommt nicht, alles halb so schlimm!

Sie müssen endlich einmal klare Tatsachen schaffen! Die Leute haben ein Recht darauf zu wissen, woran sie sind. Sie müssen nämlich planen! Es ist frustrierend, und aus den Jugendeinrichtungen wird gemeldet, dass die Leute keine Lust mehr zum Arbeiten haben. Es verschleißt die Leute, und ich finde, Sie gehen ganz schlecht mit den aktiven Menschen in der Bremer Jugendhilfe und -arbeit um.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie finden nämlich für diesen Tanz, den Sie hier machen wollen - und ich sage, es ist ein Eier-tanz -, gar keine Tanzpartner mehr. Zum Beispiel sollen die Beiräte, ich habe es eben schon angesprochen, und die eigens gegründeten Stadtteilgremien die Kürzungs- und Umverteilungsvorschläge machen. Diese sehen sich aus mehreren Gründen außer Stande. Sie melden gleichzeitig: Nein, das geht so nicht! Erstens ist die Zeit zu knapp, und es überblickt kaum einer die Tragweite dieser Entscheidungen, die nämlich ganz schön immens sind. Zweitens wollen die Beiräte sich auch ganz einfach nicht zum Vollstrecker einer Kürzungsquote machen lassen, die sie selbst nicht beschlossen haben.

Jetzt kommen wir einmal zu Ihrer Grundaufstellung, wenn man bei dem Bild des Tanzes bleibt. Die große Koalition wählt einen total verkorksten Ausgangsschritt. Glauben Sie es mir endlich, ich habe es schon einmal gesagt: Sie können die bremische Jugendförderung nicht weiter entwickeln und auf konstruktive Beteiligung, gute Ideen und neue Ansätze hoffen, wenn Sie den Leuten sagen, kommt her, und als Belohnung kürzen wir euch ein Viertel eurer Mittel weg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das erzeugt kein kreatives Klima in der Stadt und nimmt auch die Lust auf jede Beteiligung.

Ich finde das schade, denn inhaltlich ist das Konzept durchaus diskussionswürdig. Kein Weg geht an der Weiterentwicklung der Jugendförderung vorbei, das leugne ich nicht. Das ist sogar gesetzlich vorgeschrieben, und das wünschen sich auch die Einrichtungen in der Stadt. Aber es geht auch kein Weg daran vorbei, dass Sie endlich die Bedarfe anerkennen, die seit Jahren bei Ihnen in den Behörden und auch bei Ihnen, wenn Sie die Einrichtungen besuchen, immer wieder verkündet werden. Die Leute arbeiten an der Grenze der Belastbarkeit, es fehlt Personal, Stellen sind unterbesetzt, Sachmittel sind gekürzt worden, Heizkosten sind gestiegen, aber es folgt überhaupt keine Angleichung der Kosten mehr durch die Politik. Das wird schlichtweg nicht zur Kenntnis genommen, und Sie wollen jetzt noch ein Viertel der Mittel streichen. Das läuft einfach nicht!

Praktisch ist es so, dass jede Innovation in Bremen mittlerweile spätestens nach zwei Jahren scheitert, wenn ABM- und BSHG-Stellen ausgelaufen sind. Ich finde, das kann doch keine jugendpolitische Zielsetzung sein, weder die einer SPD noch die einer CDU und von mir schon gar nicht! Ich finde, es ist politisch verantwortungslos zuzusehen, dass die Stadtteile sich mittlerweile untereinander bekriegen, das ist ganz deutlich zu hören, und auch, dass ein Konkurrenzkampf zwischen kommunalen und freien Trägern losgeht. Das können wir nicht gebrauchen, wenn wir die Jugendförderung in Bremen konstruktiv weiter entwickeln wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie das Wissen der Jugendhilfe, das der Experten, haben wollen, dann ist diese Kürzungsquote im Vorfeld völlig daneben! Das motiviert niemanden, so werden wirklich nicht die besten Ideen geboren, um die Jugendförderung weiter zu entwickeln. Sie treten den anderen so stark auf die Füße und wundern sich dann noch über Ihren schlechten Ruf als Tanzpartnerin in der Stadt.

Meine Damen und Herren, die Jugendhilfeträger sehen endgültig in der Politik keine Partner mehr. Sie fühlen sich im Stich gelassen, und das ist, finde ich, sehr dramatisch, denn fünf Jahre haben Sie jugendpolitisch in dieser Stadt kaum etwas bewegt. Sie haben ein Kinder- und Jugendfördergesetz verabschiedet, aber überhaupt nicht mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Dieses Gesetz ist auch noch durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der ich damals noch nicht angehört habe, angestoßen worden. Von Ihnen bemerke ich in den letzten Jahren keine wesentliche jugendpolitische

Regung, und jetzt - husch, husch, unter Zeitdruck - holen Sie alle Leute hierher, erzeugen Konkurrenzdenken, und keiner weiß, wohin die Reise geht. Der Ton macht die Musik, und niemand kann nach dem Takt tanzen, den Sie hier vorgeben.

Ich finde, gute Tanzfiguren müssen gemeinsam erarbeitet werden. Das setzt voraus, dass eine Bestandsaufnahme gemacht wird, so wie jetzt das Amt für Soziale Dienste in den Stadtteilen die Jugendhilfeträger, die Experten, die Kirchen und Sportvereine an einen Tisch holt, das ist gut organisiert, aber das ist nur eine Säule eines Jugendhilfeplanungsprozesses. Dazu gehört auch ein vernünftiger Zeitrahmen und dass man auch die Zielgruppe einbezieht. Jugendliche sind bisher überhaupt noch nicht gefragt worden!

Das heißt, auch Ihnen fehlt die Vorstellung, wohin die Reise gehen soll und welche Jugendangebote wir überhaupt brauchen. Die Jugendlichen fühlen sich nämlich vergackeiert bei diesem Verfahren, wenn sie erst gefragt werden, wenn gekürzt wurde. Da ist es doch kein Wunder, dass sie wegbleiben. Dabei sieht das Gesetz vor, dass die Bedürfnisse der Jugendlichen Planungsgrundlage für die Entwicklung der Angebote in der Jugendförderung sind. Erfüllen Sie den gesetzlichen Auftrag! Beteiligen Sie die Jugendlichen! Ziehen Sie auch wissenschaftliche Beratung hinzu, das machen andere Städte und auch andere Länder in Europa hervorragend.

Weiter brauchen wir endlich eine politische Auseinandersetzung und den Dialog bei der Festlegung von Standards. Wie soll die Mädchenförderung ausgestaltet werden in Bremen? Wie viele Frauen arbeiten hier? Wie viel Jugendberatung an welchen Stellen? Wie viel interkulturelle Jugendarbeit? Wie viel Migranten brauchen wir in der Jugendarbeit, um eine gute Jugendarbeit zu machen? All das muss politisch endlich einmal festgelegt werden. Da ist die Politik noch nicht weit genug, da hat überhaupt noch keine Auseinandersetzung stattgefunden, und die Politik hat auch noch nicht auf die Forderungen reagiert, die von den Trägern gekommen sind.

Ich finde, das ist eine Sache, die wir bearbeiten müssen, und das schnell. Die Kürzung muss weg! Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie die Kürzung zurück! Machen Sie Schluss mit diesem Eiertanz um die 2,5 Millionen DM in der Jugendförderung, die wirklich viel bringen! Sie haben 55 Millionen DM durch Minderausgaben in der Sozialhilfe eingespart; den Schaden, den man durch eine unreflektierte Zerschlagung von Strukturen in der Jugendhilfe anrichtet, können Sie nicht überblicken, den kann selbst ich als Jugendpolitikerin noch nicht

angemessen überblicken. Also: Kürzung weg! Wirklich gut planen! Vielleicht spart man hinterher wirklich Geld, aber vielleicht muss man auch mehr Geld aufwenden.

Sie haben hier selbst kürzlich im Zusammenhang mit einem Antrag, als es darum ging, Rechtsradikalismus zu bekämpfen und Toleranz in der Gesellschaft zu fördern, gesagt, dass die Jugendarbeit gestärkt werden muss. Jugendarbeit hat eine präventive Rolle. Erkennen Sie dies an, erkennen Sie die Bedarfe an, und machen Sie ernst, dass Beteiligung nicht nur ein hohler Begriff ist, sondern dass man sie auch leben kann! Sie hatten fünf Jahre Zeit, zwei Jahre fordere ich von Ihnen, um einen guten Jugendhilfeplanungsprozess in der Stadt zu machen. Diese Zeit sollten Sie sich wirklich nehmen! - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Meine Damen und Herren! Wir haben es hier mit zwei verschiedenen Sachen zu tun. Die eine Sache ist, wir haben einen finanzpolitischen Rahmen und einen entsprechenden Doppelhaushalt, und die andere ist, was wir fachpolitisch diskutiert haben, in dem Bereich von Jugendförderung im Rahmen dieser Möglichkeiten etwas weiter zu entwickeln. Ich will jetzt nur einmal ganz kurz sagen, für die finanzpolitischen Rahmenbedingungen ist für die Koalition die Sache so, dass wir uns nicht darauf verlassen können, dass Harry Potter die Defizite, die wir da haben, einfach beseitigt, Frau Stahmann! Diesen Handlungsspielraum haben wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns schon den einen oder anderen klugen Gedanken machen, wie wir auch mit weniger Geld weiterhin sinnvolle Arbeit machen. Wir sind vor die Situation gestellt, dass wir eine mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2005 berücksichtigen müssen. Festgelegt haben wir uns haushaltspolitisch bisher für den laufenden Doppelhaushalt, und aus dieser Situation heraus agieren wir auch. Die Situation stellt sich finanzpolitisch so dar, dass wir planungsmäßig den Jugendbereich nicht einfach aus den Kürzungen herausnehmen können, aber es ist ein Bereich, der uns sehr wichtig ist, und wir werden versuchen, sich ergebende Spielräume zugunsten der Jugendförderung auch wirklich zu nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die finanzpolitische Dimension. Der zweite Aspekt betrifft die Jugendhilfeplanung. Natürlich ist es so, dass wir nicht sagen können, wir haben jetzt ein fertiges Konzept für einen Zeitraum, das die Jugendhilfeplanung dann völlig kritiklos durchzusetzen vermag, sondern natürlich ist das ein Versuch, neue Jugendhilfeplanungsinstrumente in die Jugendhilfe einzuführen. Das ist ein Prozess, der als ein permanenter angelegt ist. Wir fangen nicht an und sagen, wir machen eine Hilfeplanung, und nach zwei Jahren ist sie abgeschlossen, sondern wir wollen die Hilfeplanung als einen permanenten Prozess einführen.

Dazu machen wir die ersten Schritte. Die ersten Schritte sind für uns dadurch charakterisiert, dass wir eine deutliche Stärkung der Stadtteile wollen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist das für die Beiräte eine riesige Herausforderung, unter solchen finanzpolitischen Rahmenbedingungen anzufangen, Jugendhilfeplanung zu machen, aber es gibt auch unter den Grünen Beiräte, die sich dieser Aufgabe stellen wollen und sie als eine Bewährungsprobe ansehen, um in Zukunft als Beiräte, als Politikpartner auch im Geschäft bleiben zu können.

(Beifall bei der SPD)

Die Situation ist die, dass wir versucht haben, die verschiedenen Ebenen in den Beiräten einzubeziehen, und dass wir versucht haben, und ich denke, das ist auch gelungen, ein Verhältnis herzustellen zwischen den freien Trägern und den kommunalen Einrichtungen, so dass diese gleichberechtigt miteinander darum verhandeln können, wie Jugendhilfe organisiert ist. Wir haben da eine neue Qualität geschaffen. Früher war es nicht so einfach möglich, dass Jugendfreizeitheime und freie Träger gleich nebeneinander standen. Heute haben wir diese Situation durchgesetzt, und zwar nicht nur, indem wir gesagt haben, die Träger sind gleich, sondern auch die Jugendhilfedebatte in den Stadtteilen ist so konstruiert, dass der Vertreter des Amtes einerseits und Vertreter der freien Träger andererseits gemeinsam einen Prozess organisieren sollen.

Der Ansatz ist meiner Meinung nach völlig richtig, dass wir diesen Weg gehen müssen. Wir müssen es natürlich auch zur Kenntnis nehmen, wenn der Gesamtbeirat deutlich macht, er möchte diese Diskussion vertieft weiterführen, es gibt ein Interesse, sich auch dafür einzusetzen, fachlich diese Debatte weiterzuführen. Dann müssen wir darauf auch flexibel reagieren, und darüber wird dann noch zu sprechen sein.

Im Grundsatz bin ich der festen Überzeugung, dass wir hier den richtigen Schritt gemacht haben, und es ist selbstverständlich klar, dass wir jetzt in einer Situation sind, dass wir im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung neue Spielräume haben. Wir haben im Jugendhilfeausschuss, Sie waren dabei, Frau Stahmann, den Beschluss gefasst, die Senatorin zu bitten, bei sich ergebenden Spielräumen im Haushalt diese für die Jugendförderung zu nutzen. Das haben wir beschlossen, und wenn wir uns jetzt die Zahlen ansehen, dann stellen wir fest, dass sich da abzeichnet, dass sich bestimmte Spielräume ergeben. Genau bei diesen Spielräumen, die sich da ergeben, werden wir versuchen, eine Situation zu schaffen, die tatsächlich zu einer Entlastung der Kürzungsquote führt, denn es ist klar, die Beiräte sind im Moment sehr stark belastet.

Wir haben hier zwei Situationen. Wir haben die Situation, dass wir Kürzungen haben, und wir haben die Situation, dass wir eine Umverteilung innerhalb der Stadtteile haben, dass wir demnächst eine deutlich bessere Verteilungsgerechtigkeit im Hinblick auf die Mittel für die Jugendförderung haben.

(Beifall bei der SPD)

Insofern, meine Damen und Herren, finde ich, ist der Weg völlig in Ordnung. Es hat nichts mit einem Eiertanz zu tun. Wir sollten versuchen, die Spielräume, die sich ergeben, auch sinnvoll zu nutzen, und wir sind dabei. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Für die CDU, das will ich hier ganz deutlich als Reaktion auf Frau Stahmanns angriffslustige Rede verkünden, ist die Jugendförderung kein Eiertanz und auch keine Tanzveranstaltung. Das will ich deutlich sagen. Wir brauchen keine Tanzpartner, denn es ist kein Tanzvergnügen. Wir nehmen die Jugendförderung und auch die damit zusammenhängenden Beteiligungsprozesse ernst.

(Beifall bei der CDU)

Die Jugendfördermittel sind, wenn man sich das noch einmal genau vor Augen führt, für alle Jugendlichen in den Stadtteilen da. Dass das in Bremen nicht in jedem Stadtteil so gewesen ist, muss man, glaube ich, nicht erzählen, denn wenn man überlegt, dass sieben Prozent der Jugendlichen zirka 70 Prozent der Mittel erhalten, ist das, glau-

be ich, eindeutig eine Schiefelage. Gemeint sind hier die Jugendfreizeitheime, die eben nur einen Teil der Bedarfe von offener Jugendarbeit, Offener-Tür-Arbeit von Jugendlichen abdecken, aber eben einen großen Teil der Mittel beanspruchen. Dass wir uns das nicht mehr leisten können, darauf hat Herr Pietrzok eben hingewiesen, und das ist auch nicht so neu.

Außerdem, Frau Stahmann, kleinräumige Jugendhilfeplanung fordert jede Opposition, seitdem ich hier im Parlament bin, ein, allerdings bisher ohne durchschlagenden Erfolg, was sicher viele Gründe hat. Aber auch als Sie in der Ampel wesentlich mitregiert haben - -.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich bin erst seit einem Jahr bei den Grünen!)

Sie sind doch Bestandteil der Fraktion der Grünen! Also sind Sie auch mit daran beteiligt! Sie stehen hier für die Position der Grünen und können sich nicht damit herausreden, dass Sie aufgrund der späten Geburt sozusagen nichts damit zu tun haben!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das wäre ja noch schöner, wenn man Verantwortung erst dann beginnt, wenn man hier in das Parlament eintritt! Auch Sie können lesen und nachdenken, auch wenn ich das am Schluss Ihrer Rede etwas in Zweifel gezogen habe, das will ich deutlich sagen. Das hat mich schon ein bisschen enttäuscht!

Also, die kleinräumige Jugendhilfeplanung wollen wir seit vielen, vielen Jahren hier. Wir sind jetzt endlich auf dem Weg, die kleinräumige Jugendhilfeplanung vor Ort miteinander zu beraten, und ich denke, das ist ein wichtiger erster Schritt. Das Anpassungskonzept, das damit in Verbindung steht - und das auch noch einmal für Sie, Frau Stahmann, weil Sie ja gerade gesagt haben, Sie sind noch so jungfräulich und wissen das alles nicht! -, hat zwei Komponenten. Die eine Komponente ist, dass schon in der Ampelphase - einfach einmal nachlesen, Frau Stahmann! - eine stadtteilbezogene Aufteilung der Mittel vorgenommen worden ist. Das ist, Gott sei Dank, schon ziemlich lange her, denn wir regieren, Sie haben uns das eben vorgeworfen, fünfeinhalb Jahre, und Ihre Phase war davor!

Seit vielen Jahren, nämlich ungefähr seit 1993, gibt es die entsprechende Aufteilung auf die Stadtteile. Leider ist es damals der Ampelkoalition nicht gelungen, vielleicht war es auch nicht gewollt, diese entsprechende Verteilung durchzusetzen und umzusetzen, und das ist ein wichtiger

Meilenstein bei dem Anpassungskonzept jetzt, dass das, was es an Verteilungsmechanismen gibt, überhaupt nicht gemacht worden ist.

Da ist die Verwaltung nicht ganz unschuldig, und das Amt auch nicht, die ganze Konstruktion nicht, aber wir können jedenfalls auch nicht unsere Hände in Unschuld waschen. Wir sind alle im Jugendhilfeausschuss, in der Deputation und im Parlament im Rahmen unserer Kompetenzen beteiligt gewesen. Von daher ist das eine falsche Anklage.

Dass wir kürzen müssen im Rahmen dessen, was wir uns vorgenommen haben zur Konsolidierung des Haushaltes, schmerzt uns alle, das ist keine Frage, ist aber der viel geringere Teil der finanziellen Belastungen, die durch das Anpassungskonzept entstehen, als die Umverteilung, die jetzt massiv vorgenommen wird. Da hilft es eben nicht, wenn man sagt, ich bin erst jetzt zuständig. Es gab vorher bei Ihnen auch zuständige Kolleginnen dafür, die sich mindestens redlich Mühe gegeben haben.

Die zusätzliche Sparquote macht die Sache nicht leichter, das ist überhaupt keine Frage, aber wir haben durch unseren Beschluss doch immerhin sehr deutlich erreicht, die 25 Prozent, die bei den freien Trägern gespart werden sollten, durch eine entsprechende Gleichbehandlung der PEP-Quote in den Jugendfreizeitheimen daher auf 18,1 Prozent zu reduzieren. Ich meine, das ist ein wichtiger, machbarer Schritt, den wir erreicht haben. Sie haben, glaube ich, nicht so viel dazu beigetragen, Frau Stahmann, das war mehr eine Sache der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses und meiner Person, verbunden mit den freien Trägern. Da haben wir massiv gekämpft. Sie haben versucht, die Chance zu nutzen, dagegen Stimmung und mobil zu machen, was Ihnen, Gott sei Dank, nur kurzfristig gelungen ist.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber immerhin kurzfristig!)

Ich kann Ihnen zu den Zahlen gern noch mehr sagen, es ist inzwischen sehr deutlich, wo das Geld ausgegeben wird und wo wir einsparen müssen, aber ich glaube, das reicht für die Aktuelle Stunde aus, wenn das allgemein gesagt wird.

Der Gesamtbeirat hat inzwischen einen Beschluss gefasst, und natürlich nehmen wir Beiräte und auch Beschlüsse des Gesamtbeirats ernst. Unter anderem bittet der Gesamtbeirat darum, den Zeitplan ein bisschen zu verändern, um eine sachgerechte Beratung in den Beiräten vorzunehmen. Dem wollen wir Rechnung tragen. Das ist nicht das Problem. Wir sind ohnehin ein bis zwei Mona-

te im Verzug, und deswegen können wir sicherstellen, dass im Dezember die Beiräte alle eine entsprechende sachgerechte Beratung ihrer Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen durchführen können und wir uns dann im Januar im Jugendhilfeausschuss mit dem Ergebnis beschäftigen.

Das, Frau Stahmann, ist aber absolute oberste Priorität, und da sind wir in unserer Argumentation auch grundsolid, das muss ich deutlich sagen. Einen Eiertanz hat es bei mir nie gegeben. Ich habe immer klar gesagt, was Sache ist. Das sage ich heute auch, und das sage ich noch morgen, und wir werden nicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Es ist überhaupt keine Frage, denn wenn wir jetzt schon die Luft herausnehmen, dann passiert nichts mehr, wie wir das in der Ampelkoalition gesehen haben, da es freiwillig keine Veränderungsmöglichkeiten gibt.

Dass die Jugendverbände und andere sich vor Ort nicht beteiligen wollen, weil es mit Kürzungen verbunden ist, ist völlig klar, aber auch die Veränderung der Mittelverteilung hätte zu Kürzungen in etlichen Stadtteilen geführt, und es sind immer nur die glücklich, die mehr Geld bekommen, und weniger glücklich diejenigen, die Geld abgeben müssen. Das ist nun einmal so im Leben, und das werden wir auch in diesem Beispiel nicht verhindern können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stahmann, von dem, was Eiertanz ist, habe ich natürlich auch ein Bild im Kopf, und ich habe erst nicht begriffen, was Sie mit der Überschrift über Ihrer Aktuellen Stunde meinen. Eiertanz ist für mich, wenn Entscheidungen angekündigt, getroffen, wieder aufgehoben, wieder verändert, noch einmal verändert werden. Das stelle ich mir unter Eiertanz vor. Das ist hier überhaupt nicht der Fall, und genau das werfen Sie uns eigentlich ja auch vor, nämlich dass Kürzungsvorgaben über den Doppelhaushalt, über die Beschlüsse, die hier in der Bürgerschaft auch gefallen sind, vorhanden sind und dass wir uns an diese Vorgaben halten und das Verfahren, das wir organisiert haben, um diese Kürzungsvorgaben auch umsetzen zu können, weitgehend auch einhalten.

Das ist eben gerade kein Eiertanz, sondern das ist eigentlich ein klar skizziertes, von Anfang an allen bekanntes durchsichtiges Verfahren, an dem sich alle beteiligen können und das wir auch so durchführen, wie es von Anfang an vereinbart und be-

sprochen war. Wir haben Rahmenbedingungen, die bekannt sind. Ich will Frau Striezel da nur unwesentlich widersprechen, aber es war für mich von Anfang an klar, dass natürlich in einem solchen Kürzungsszenario freie Träger und unsere eigenen Angebote in gleicher Weise auch überprüft werden müssen, dass sie sich der Debatte stellen müssen.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Es stand in der Vorlage, es muss in der Beschlussvorlage noch ergänzt werden!)

Für mich war das inhaltlicher Bestandteil der Vorlage. Gut, es ist noch einmal auf Ihren Wunsch klargestellt worden, aber wir waren da überhaupt nicht auseinander, weil das in einer solchen offenen Debatte natürlich zwingend ist, auch alles auf den Prüfstand zu stellen.

Sie loben uns für die Beteiligung, die wir machen. Ein solches Beteiligungsverfahren hat es, haben Sie wörtlich gesagt, so noch nie in Bremen gegeben. Wir nehmen das gern entgegen, aber Sie wissen auch genau, wenn Sie kritisieren, dass Jugendliche in diesem Zusammenhang sich nun selbst nicht unmittelbar beteiligen, weil diese Beteiligungsformen eben ungleich schwieriger sind, dass das auch in anderen Städten nur sporadisch und an ganz einzelnen Stellen der Fall ist. Wenn es um ganz konkrete Betroffenheiten in einer kleinen Einrichtung geht, dann ist es häufig möglich, Jugendliche auch gut zu mobilisieren, gut zu beteiligen. Das ist aber ein ungleich schwieriger Prozess.

Deswegen bin ich persönlich froh, dass wir unseren Beteiligungsprozess so breit organisieren konnten. Das ist zwar durchaus unterschiedlich auf die einzelnen Stadtteile bezogen, wie die Träger, die Initiativen und andere sich einbringen, aber sie bringen sich alle in irgendeiner Form ein, und die Ergebnisse dieses zweiten Durchganges der Beteiligung, der im Moment läuft, werden im Laufe dieses Monats vorliegen. Wir sind auch schon dabei, die ersten Rückläufe zu sammeln und zu sortieren. Wir werden das ausführlich bewerten.

Ich bin mir natürlich bewusst, dass ich vom Jugendhilfeausschuss einen Auftrag habe, der da lautet, Härten zu vermeiden. Das nehme ich sehr ernst, und wir werden in der Bewertung natürlich auch zu berücksichtigen haben, wo Härten entstehen und wo wir - und ich auftragsgemäß ganz besonders - diese Härten vermeiden können.

Nun reden Sie immer von Spielräumen, die ich hätte, und stellen einfach 55 Millionen DM in den Raum. Das ist nicht mein Spielraum, Frau Stah-

mann, und das wissen Sie auch. Ich finde es deswegen auch nicht in Ordnung, dass so getan und vor allen Dingen auch eine Erwartungshaltung bei denen draußen erzeugt wird, als könnte ich jetzt einmal eben diese 55 Millionen DM nehmen und damit viel Gutes tun. Mir würde vieles einfallen, was ich damit tun könnte. Ich hätte überhaupt kein Problem damit, das gut strukturiert und gut sortiert in Bremen noch zu guten Dingen zu führen. Aber diese 55 Millionen DM, so lautet die rechtliche Vorgabe, fließen zurück in den allgemeinen Haushalt. Das ist bei Sozialhilfemitteln so vorgesehen, und das ist erst einmal auch so in Ordnung.

Das heißt, wir müssen, wenn wir zusätzliche Mittel wollen, auch gut begründen, wo Härten liegen, und damit dann im Senat und bestimmt auch in den Fraktionen dafür werben. Dafür brauchen wir auch dieses geordnete Verfahren, um am Ende genau benennen zu können, was wir schaffen oder möglicherweise auch nicht schaffen.

Jetzt sagen Leute wie Sie, dass wir nichts schaffen. Das glaube ich nicht. Ich bin überzeugt, dass wir im Konsens auch in Stadtteilen eine Menge, vor allem inhaltlich, bewegen können und, wenn wir alles auf den Prüfstand stellen, auch einiges finden, wo wir nicht auseinander liegen mit den Leuten im Stadtteil, wenn wir darüber nachdenken, auch etwas einzustellen. Das muss sich herauskristalisieren, und auch dazu braucht man ein geordnetes Verfahren. Dies haben wir. Das ist beileibe kein Eiertanz, sondern das ist ein Beteiligungsverfahren, so sagen Sie selbst, wie es das in dieser Stadt noch nie gegeben hat. Wir nehmen auch das Lob von Ihnen an dieser Stelle gern an. Wir wollen dies in einem geordneten Prozess und am Ende mit Beschlüssen in den Deputationen, hier im Parlament, wenn nötig, oder im Senat zu Ende führen. Ich glaube, dass wir das Ganze auch zu einem guten Ende führen werden, weil das, was an inhaltlicher Überprüfung stattfindet, aus meiner Sicht auch überfällig ist.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jugendhilfeplanung ist ein komplizierter Prozess, das weiß ich. Ich denke aber, dass ich hier nichts Unmögliches fordere. Ich finde, dass es das Recht der Jugendlichen ist, das steht auch so im Gesetz, gehört zu werden und auch die Möglichkeit zu haben, ihren Bedarf und ihre Bedürfnisse zu äußern, und dass diese von der Politik auch zur Kenntnis genommen werden. Darauf bestehe ich einfach.

Das Ei ist nicht die Umverteilung, Frau Striezel - sie ist notwendig, dahinter stehe ich, auch hinter der Stadtteilorientierung stehe ich, und ich habe sie früher auch schon immer gefordert -, das Ei ist die Kürzung als Eingangsvoraussetzung. Diese Kürzung setzt keine kreativen Prozesse frei. Die Leute haben nicht die optimale Lust, wenn ich es einmal so formulieren darf, sich an einer Weiterentwicklung der Jugendförderung zu beteiligen, wo alle versuchen, ihre Sachen zusammenzuhalten. Wenn man Jugendförderung weiterentwickeln will, muss man aber Offenheit entwickeln, und das muss auch angstfrei geschehen, ohne dass die Leute gleich denken, es geht ihnen ans Leder.

Ich darf mit der Erlaubnis des Präsidenten zitieren, dass ich nicht diejenige bin, die hier doppelzünftig in die Welt herumposaunt: 55 Millionen DM, Leute, seht einmal her, vielleicht können wir doch noch die Jugendförderung retten. Herr Pietrzok hat selbst in seiner Pressemitteilung gesagt: „Nach meiner Kenntnis hat das zuständige Sozialressort auch im Jahr 2001 ausreichenden finanziellen Spielraum durch eingesparte Sozialhilfebeiträge. Das eröffnet uns die Chance, die befürchteten Kürzungen von bis zu 25 Prozent im Jugendbereich doch noch abwenden zu können, und wir Sozialdemokraten werden uns jedenfalls dafür einsetzen, dass auch in den kommenden Jahren so viel Geld wie irgend möglich für die Jugendförderung bereitgestellt wird.“

(Beifall bei der SPD - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ja, ist doch richtig!)

Ja, das ist eine positive Sache, wenn Sie das so sagen, aber Sie haben einen feststehenden Haushaltsbeschluss, der ist schwarz auf weiß da, der gilt weiterhin für das nächste Jahr, die Kürzung steht darin. Auf der anderen Seite sagen Sie aber, vielleicht doch, vielleicht doch nicht. Die Beiräte haben das Thema mittlerweile schon von der Tagesordnung abgesetzt, weil sie nicht wissen, was Sie wollen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Doch, in Mitte/Östliche Vorstadt haben die Beiräte das ausgesetzt! Die Waller Beiräte haben Sie aufgefordert, der Jugendpolitik den gleichen Stellenwert zu geben wie der Wirtschafts- und Investitionspolitik und das als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Dem möchte ich mich hier anschließen. Die Beteiligung von Jugendlichen ist eine politische Herausforderung, und sie ist wichtig! Wir müssen dazu kommen, dass es mit Trägern Leistungsvereinbarungen gibt und dass endlich Standards festgelegt werden. Das alles steht

im Kinder- und Jugendhilfegesetz, Frau Hövelmann, und das kann ich Ihnen auch gern einmal schenken. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beginne langsam zu begreifen, was Frau Stahmann vielleicht mit dem Eiertanz gemeint hat. Das, was wir hier von der SPD vorgeführt bekommen haben, ist in der Tat ein Eiertanz. Wenn Sie sich das einmal angesehen haben, als die Senatorin gesprochen hat, hat sich von Ihrer Fraktion so gut wie keine Hand gerührt. Der Beifall kam von der CDU. Dann spricht die grüne Kollegin und lobt den SPD-Jugendpolitiker, der von der Senatorin gleich in der Presseerklärung wieder relativiert worden ist, und dann jubelt die SPD-Fraktion.

In der Tat, das ist so eine Art Eiertanz, das muss ich schon sagen. Es ist auch ein bisschen die Strategie: Wasche mir den Pelz, aber mache mich nicht nass! Ich verkünde, das machen wir alles, und in Wahrheit sind die Voraussetzungen andere und müssen auch entsprechend verwaltungsmäßig bearbeitet werden. Die Senatorin wird notfalls im Regen stehen gelassen, wenn man glaubt, dass man damit entsprechende Stimmung oder Stimmen erzielen kann. Ich finde, das ist eine Art von Eiertanz, da will ich gern an Ihrer Seite sein, Frau Senatorin.

(Beifall bei der CDU)

So kann man keine solide Politik machen. Frau Stahmann, gerade Sie haben gesagt, mit jungen Leuten müsse man ehrlich und sorgsam umgehen. Das, was dort getan wird, ist weder ehrlich noch sorgsam, sondern verlogen, und das mache ich nicht mit. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Also noch einmal in ganz kleinen Schritten! Wir haben im Jugendhilfeausschuss einen Beschluss gefasst. Der Jugendhilfeausschuss hat in diesem Papier eine Vorlage gehabt, und in dieser Vorlage steht, wir haben einen Finanzplan bis zum Jahr 2005. Gleichzeitig steht in dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses, dass die Senatorin aufgefordert wird, sich ergebende Spiel-

räume zu nutzen, damit die Kürzungen nicht in der Schärfe umgesetzt werden.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Hat Frau Striezel mitgestimmt?)

Natürlich hat Frau Striezel mitgestimmt! Alle haben mitgestimmt. Jetzt ist doch die Frage, wie wir genau diesen Prozess organisieren, dass wir diese Kürzungen so, wie wir das wollen, auch tatsächlich mindern können.

Da sehe ich eine ganze Menge Spielräume, da sehen auch andere Spielräume. Wir können aber jetzt noch nicht genau sagen, so und so ist es, aber ich kann Ihnen versichern, dass wir an diesem Thema systematisch weiterarbeiten werden. Das hat überhaupt nichts mit Eiertanz zu tun, Frau Stahmann, nur, Sie wollen zu einem Zeitpunkt Ergebnisse, zu dem ich Ihnen diese noch nicht mitteilen kann. Dann machen Sie mir den Vorwurf, dass ich einen bestimmten Politikstil habe, von dem ich der Meinung bin, dass der eher Ihre Arbeit charakterisiert, nämlich laufend politische Forderungen zu stellen und jede Art von finanzpolitischem Hintergrund konsequent zu ignorieren.
- Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Bremen eine „Saubere Stadt“?

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 13. Oktober 2000
(Drucksache 15/228 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 31. Oktober 2000 (Drucksache 15/235 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. Frau Senatorin, ich gehe davon aus, dass darauf verzichtet werden kann.

Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir alle werden immer wieder darauf angesprochen, dass viele Straßen, Plätze und Grünflächen verunreinigt sind. Ich will nur ein Beispiel aus einem Brief zitieren, der uns aus der Neustadt zugegangen ist, es gibt noch viele andere Briefe, hier nur ein Beispiel:

„Sehr geehrte Damen und Herren, wie Ihnen telefonisch gemeldet und intensiv mit Ihnen diskutiert, fordern wir Sie hiermit auf, folgende Missstände im Bereich Weizenkampstraße/Ecke Pappelstraße umgehend zu beseitigen: Erstens, Säuberung der Straßen mit angrenzendem Straßenbegleitgrün von gelben Säcken, Hausmüll, Säcken mit Lebensmittelresten, anderem umherfliegenden Müll! Ein Großteil des Mülls ist inzwischen von Anwohnern gesammelt und durch die ENO entsorgt worden, um ein weiteres Eskalieren dieses ekelhaften Zustandes zu verhindern. Dies bedeutet allerdings keine Entwarnung. Dies ist offensichtlich aus Zuständigkeitsdifferenzen zwischen der ENO und Stadtgrün seit fünf bis sechs Monaten nicht mehr geschehen. Folgen: In gelben Säcken, Hausmüll tummeln sich Ratten. Es stinkt zum Himmel. Von den losen Müllscherben geht ein nicht unerhebliches Verletzungsrisiko aus. Durch die fortschreitende Verwahrlosung dieses Areals werden sowohl der Grünzug als auch Straßen und Gehwege unverhältnismäßig stark als Hundeklo missbraucht.“

Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Diverse Beiräte haben sich ja mit dieser Frage beschäftigt. So schreibt das Ortsamt Neustadt zu diesem Vorgang: „Leider ist das von Ihnen beschriebene Problem kein Einzelfall. Der Beirat Neustadt hat bereits in diversen Fachausschusssitzungen, öffentlichen Beiratssitzungen unter Beteiligung der Umweltsenatorin in einem Arbeitskreis Müll unter Beteiligung der verschiedenen Ressorts und Fachämtern nach Lösungsmöglichkeiten gesucht.“

Meine Damen und Herren, wer in diesem Hause ehrlich ist, weiß, dass jeder von Ihnen auf dieses Problem schon mehrfach angesprochen worden ist. Deswegen haben wir anlässlich der Hafa einmal eine Karte von Bremen ausgehängt. Die Besucherinnen und Besucher der Hafa hatten die Möglichkeit, mit Stecknadeln deutlich zu machen, wo sie denn das Empfinden haben, dass Straßen, Plätze und Begleitgrün sauber sind oder wo sie feststellen, dass es Verschmutzungen gibt. Wir haben anlässlich der Sondersitzung der Baudeputation der Senatorin diese Karte überreicht. Es war erschreckend zu sehen, an wie vielen Stellen

dieser Stadt Bürger Sorgen haben, dass Straßen, Plätze und Grünflächen nicht sauber genug sind.

Wir haben das deswegen zu einem Thema in der Baudeputation gemacht, und dort ist uns mitgeteilt worden, ich will mit Genehmigung des Präsidenten aus dieser Vorlage, die sich auch in der Antwort des Senats wiederholt, zitieren, da heißt es: „In der Freien Hansestadt Bremen werden alle für den öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen generell einmal pro Woche mit einer Kehrmaschine gereinigt. Abweichend davon folgende Regelungen: Hauptverkehrsstraßen im Citybereich zwei- bis dreimal pro Woche, Problemstraßen - Ostersteinweg - fünfmal pro Woche, Bahnhofsbereich/Obernstraße und so weiter täglich, Hafengebiete zum Teil vierzehntägig. Die Handreinigung: City/Bahnhofsvorplatz/Roland siebenmal pro Woche, Cityperipherie fünfmal pro Woche, Durchgangsstraßen, zum Beispiel Osterdeich, einmal pro Woche, Wohnstraßen zweimal pro Monat.“ Also alle vierzehn Tage!

Wenn wir einmal feststellen, wo an welchen Stellen wir dann Müllfahrzeuge sehen - die Müllabfuhr ist ja nun vierzehntägig -, dann werden wir feststellen, dass wir sie in dieser Stadt sehen. Wir könnten aber hier einmal eine Abstimmung machen, wer, als er sich aber einmal bewusst umgeschaut hat, einmal Kehrmaschinen oder sogar eine Handreinigung gesehen hat. Dann würde ich glauben, dass 90 Prozent der Anwesenden, und so ist draußen ebenfalls der Eindruck, den Eindruck haben, dass wir solche Kehrmaschinen oder Handreinigungen nicht gesehen haben.

Ich glaube, Frau Hövelmann, dieses Thema eignet sich nicht für eine parteipolitische Frage, überhaupt nicht! Ich will nur einflechten, dass wir diese Sondersitzung der Baudeputation hatten, ich bin ja nun seit 25 Jahren in dieser Baudeputation, unionso solch eine einheitlich kritische Diskussion hatten, wie ich es in dieser Deputation überhaupt noch nicht erlebt habe. Das zeigt, dass alle gemeinsam doch ein Empfinden dafür haben, dass dies ein Thema ist, dem wir uns widmen müssen, und ein Thema ist, bei dem wir auch das Problem lösen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen ja nun, früher waren die BEB dafür zuständig, seit 1999 ist die ENO dafür zuständig, nördlich der Lesum weiterhin das Bauamt Bremen-Nord. Seit dieser Privatisierung wird darüber verhandelt zwischen der Stadtgemeinde, zwischen dem zuständigen Ressort Bau und Umwelt und der ENO, wie denn die Aufgaben, die die ENO übernommen hat, wahrgenommen werden sollen. Es wird über so genannte Pflichtenkata-

loge geredet, einen Pflichtenkatalog für eine maschinelle Reinigung und einen Pflichtenkatalog für eine manuelle Reinigung.

Wenn ich den Bericht der Baudeputation nehme, dann heißt es, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Für diese beiden Bereiche liegen detaillierte Pläne vor. Eine effektive Kontrolle der manuellen Reinigung ist momentan äußerst schwierig, da es für diesen Bereich noch keinen Pflichtenkatalog gibt.“ Dann heißt es auf der anderen Seite weiter zur manuellen Reinigung: „Die gemeinsame Erstellung eines Pflichtenkatalogs findet zurzeit statt.“

Wir wissen aber aus dieser Baudeputationssitzung erstens, dass ein Pflichtenkatalog für eine maschinelle Reinigung im Werden ist, und wenn wir Glück haben, liegt er uns Anfang nächsten Jahres vor. Aber der Pflichtenkatalog der manuellen Reinigung, von dem hier gesprochen wird, dass er bald kommt, ist noch überhaupt nicht in der Bearbeitung, und dies zwei Jahre nach der Vertragsveränderung! Dies ist nicht, meine Damen und Herren, weil Herr Dr. Kuhn vorhin den Zwischenruf gemacht hat, eine Frage der Privatisierung,

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

sondern es ist eine Frage, dass, wenn man feststellt, dass es ein Problem gibt, man dies umgehend angeht. Früher waren ja die BEB zuständig, und dass das bessere Zustände waren, kann man wahrlich nicht behaupten. Die ENO hat das übernommen, was die BEB hinterlassen haben. Diese Hinterlassenschaft ist wahrlich kein Ruhmesblatt.

Meine Damen und Herren, neulich war ja im „Weser-Kurier“ ein Bericht über den Modellversuch „Saubere Innenstadt“ zu lesen. Ich will mit Genehmigung des Präsidenten aus diesem Artikel zitieren. Da heißt es: „Der große Durchbruch kam erst mit der neuen Strategie der Baubehörde. Sie lautete, wir fragen nicht mehr, wer zuständig ist, wir machen einfach sauber, erläuterte Rainer Imholze.“

Was heißt das im Umkehrschluss? Dort in der Innenstadt gibt es dieses Durcheinander der Kompetenzen nicht mehr. Das heißt aber für den übrigen Bereich, und das war ja auch das Ergebnis unserer Baudeputationssitzung, dass es im Übrigen ein Kompetenzwirrwarr gibt. In manchen Straßenzügen gibt es drei Zuständigkeiten, die ENO, die BSAG und Stadtgrün. Wenn dann nicht alle am selben Tag reinigen, sondern der eine montags, der nächste freitags und der Dritte am übernächsten Tag, danach richten sich die Winde, die

Bewegungen und der Schmutz überhaupt nicht. Wenn einer reinigt, oder die anderen beiden lassen es, ist es klar, dass die Verunreinigungen stark zu- und nicht abnehmen, obwohl der eine gereinigt hat.

Ich glaube, dass dieser Kompetenzwirrwarr schleunigst beendet werden muss, dass es hier einheitliche Zuständigkeiten geben muss und wir gemeinsam Druck machen müssen, damit sich um die Pflichtenkataloge, von denen ich geredet habe - ich benutze diesen fachtechnischen Ausdruck, damit deutlich wird, worum es geht -, die Senatorin, die dafür zuständig ist, so schnell wie möglich kümmert.

Wir können das ja auch positiv sehen, wenn man das so regelt, wie es im Innenstadtbereich seit kurzem angepackt worden ist. Da berichtet eine Mitarbeiterin, und ich zitiere ebenfalls aus diesem Artikel des „Weser-Kurier“ mit Genehmigung des Präsidenten: „Die permanente Reinigung hat inzwischen auch einen erzieherischen Wert, wie Barbara Borchert von der ENO feststellte. Die Hemmschwelle, ein Stück Schokoladenpapier oder einen Apfelrest achtlos wegzuerwerfen, sei durch die sauberen Straßen deutlich erhöht. Das spüren auch die Reinigungsteams. Wir werden häufig ganz spontan von Passanten gelobt, freute sich Kehrmaschinenfahrer Roland Lenzewski.“

Das ist genau der Effekt! Wenn man reinigt und säubert, dann führt es dazu, dass die Hemmschwelle erhöht wird, wieder etwas hinzuwerfen. Es ist genauso wie mit den Graffiti-Schmierereien oder in den Bussen und Straßenbahnen, wo die BSAG sagt, wir müssen, wenn es eine Verunreinigung oder eine Schmiererei gibt, diese sofort beseitigen, wenn wir das nicht tun, folgt die nächste Schmiererei sofort. Deswegen ist es so dringend notwendig, nicht nur in der Innenstadt etwas zu tun, sondern auch im gesamten Stadtgebiet.

Wir können nicht einerseits sagen, wir wollen hier viel investieren, öffentliches Geld in die Hand nehmen, Investitionen durchzuführen, private Investoren zu ermutigen, um gleichzeitig feststellen zu müssen, dass es in verschiedenen Stadtteilen durch diese Verunreinigung auch eine erhebliche Rattenplage gibt. Darüber ist auch schon mehrfach berichtet worden.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. In zwei Minuten bin ich fertig!

(Heiterkeit)

Man kann nicht darüber reden, dass das Wohnumfeld stimmig sein muss, damit die Leute nicht abwandern. Wenn aber solch ein Umfeld, ich habe das eingangs aus einer Anwohnerbeschwerde zitiert, so ist, wie es ist, dann führt es dazu, dass auch Menschen aus Bremen abwandern. Ich hatte mir erhofft, und wir gemeinsam hatten uns das erhofft, dass nach der früheren unterschiedlichen Kompetenz zwischen Bau und Umwelt, weil die beiden Ressorts nicht zusammen waren, diese Bündelung der Kompetenz seit eineinhalb Jahren auch dazu führt, dass eine Bündelung der Koordination erfolgt.

Wir müssen gemeinsam darauf drängen und dafür kämpfen, dass hier auch Erfolge wahrzunehmen sind, denn wenn wir gemeinsam feststellen, in zwei Jahren, Frau Wischer, dass wir nicht erfolgreich sind, hilft uns das allen nicht. Ich glaube, daran können wir kein Interesse haben, sondern wir sollten dies zu einem wirklich wichtigen Thema machen, denn die Menschen draußen empfinden das so, dass es ein ganz wichtiges Thema ist. Deswegen fand ich die Deputationssitzung einmal so richtig spannend, wo wir doch gemeinsam einheitlich festgestellt haben, dass hier noch eine Menge getan werden muss. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist wahr, Kollege Pflugradt, es hat selten eine Deputationssitzung gegeben, in der wir parteiübergreifend zum Teil mit fassungslosem Staunen vor den Missständen bei dem Entsorgungsbetrieb Nord gestanden und überlegt haben, wie kann man es jetzt denn eigentlich besser machen. Ich finde es richtig, dass wir da auch gemeinsam vorgehen. Dennoch glaube ich, dass die Abfallproblematik ein insgesamt großes gesellschaftliches Problem ist, und ich komme auch zum Schluss meiner Rede noch einmal darauf. Ich glaube, da gibt es dann doch wieder einige Differenzen, die man dann auch politisch klären muss.

Die Straßenreinigung läuft bei uns augenblicklich nach dem schönen Radio-Eriwan-Motto, im Prinzip ja, das kennt der eine oder andere vielleicht noch aus vergangenen Tagen. Das heißt, es wird im Prinzip gereinigt, aber das Aber folgt dann auf dem Fuße. Die ENO hat uns vielerlei Gründe genannt, warum eben de facto dann doch in der

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Stadt Bremen nicht so gründlich gereinigt wird. Die Beispiele wurden vom Kollegen Pflugradt schon genannt.

Es gibt etliche Bürgerinnen und Bürger, die feststellen, dass unsere Stadt nicht sauberer geworden ist, sondern schmutziger.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte da zwei Punkte besonders hervorheben, von denen ich glaube, dass die ENO dringend, und zwar im Zusammenhang mit dem Amt für Straßen und Verkehr, tätig werden muss. Das Erste ist: Es kann nicht angehen, dass das Amt für Straßen und Verkehr und die ENO seit fast zwei Jahren daran herumdoktern, nun endlich einmal einen gültigen Kosten-Leistungs-Vertrag festzuzurren, der uns Bürgern nun ganz eindeutig sagt, wie, wo und wann welche Straßen gereinigt werden. Das muss aus grüner Sicht schnellstens geändert werden.

Der zweite Punkt, und den finde ich angesichts unserer Dienstleistungsgesellschaft und des Begriffs Kundenfreundlichkeit dann doch auch sehr bemerkenswert, ist: Wenn man sich genau anhört, was die ENO zu sagen hat, dann haben wir feststellen können, dass es so etwas wie einen Kundenservice überhaupt nicht gibt. Wir alle wissen, wann unsere Abfalleimer, unsere gelben Säcke, unsere Papierberge abgeholt werden, und können uns einigermaßen darauf einstellen, aber kein Mensch weiß, wann, wie und mit welchen Mitteln die ENO welche Straße reinigt. Das, finde ich, gehört zu einem Kundenservice unbedingt dazu, dass die ENO das öffentlich macht, genauso wie die BEB das mit einem Abfallkalender machen, ein ordentliches Marketing betreibt, damit die Bürgerinnen und Bürger überhaupt Bescheid wissen, wann und wie ihre Straßen gereinigt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das heißt, auch die ENO muss ein moderner Dienstleistungsbetrieb werden, und einen modernen Dienstleistungsbetrieb ohne eine Marketingabteilung kann ich mir schlecht vorstellen. Die ENO braucht ein Beschwerdetelefon. Sie konnte uns auf unsere Frage, wie viele Beschwerden es über unsaubere Straßen gibt, überhaupt keine Antwort geben. Auch dies muss schnellstmöglich geändert werden, meine Damen und Herren.

Das ist aber nur die eine Seite des Problems. Die andere Seite hat der Kollege Pflugradt schon angesprochen, das ist die komplizierte Wirklichkeit, wer in unserer Stadt alles mit Reinigung zu tun hat. Hingewiesen hat Herr Pflugradt auf die unter-

schiedlichen Zuständigkeiten. Wenn man das einmal auf den Zustand einer Wohnung überträgt, dann läuft bei uns die Straßenreinigung in der Stadt ungefähr so, als wenn man einem sagt, du staubsaugst den Teppich, einem anderen, du säuberst die Böden und die Fliesen, ein Dritter ist für das Staubwischen zuständig, und der Vierte schaut ab und zu einmal unter dem Sofa nach, ob da auch noch sauber gemacht werden muss.

Genauso läuft das augenblicklich in Bremen, und das hat bisher dazu geführt, dass der Satz, ich bin nicht zuständig, überall zu hören war, und, meine Damen und Herren, dieser Satz, ich bin nicht zuständig, das wurde jetzt so gerühmt in diesem „Weser-Kurier“-Artikel, wird jetzt endlich in der City abgeschafft. Aber, meine Damen und Herren, das ist doch der eigentliche Skandal! Die City ist unser Aushängeschild. Natürlich, da möchte man gern, dass die Touristen nicht den Eindruck einer schmutzigen Stadt haben, aber die Masse der Menschen wohnt in den Stadtquartieren, und der Satz, dafür bin ich nicht zuständig, darf gerade auch da, wo die Menschen leben und sich wohl fühlen sollen, nicht gelten, sondern da muss man dafür sorgen, dass neue und bessere Konzepte greifen, um die Städte und die Stadtquartiere wieder sauberer zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da komme ich jetzt wiederum zu einem Problem, das ein wenig Nachdenken und auch ein differenziertes Herangehen erfordert. Unsere Stadt hat unterschiedliche Stadtquartiere, und ein schematischer Plan, der nun einfach sagt, alle Straßen in Bremen werden einmal wöchentlich gereinigt, bringt es nicht wirklich, weil es ein Unterschied ist, ob ich im Viertel die Sielwalkkreuzung zu säubern habe oder ob ich in Oberneuland säubere. Das heißt, Stadtteile haben unterschiedliche Brennpunkte, haben unterschiedlichen Bedarf an Sauberkeit und Aufkommen an Verschmutzung und Vermüllung, so dass auch die ENO sich differenzierte Konzepte einfallen lassen muss, um diesen unterschiedlichen Bedürfnissen der Stadtteile gerecht zu werden.

Hierzu gibt es einige Versuche, die wir Grüne gut finden. Das ist der Quartierservice. Ich glaube, bisher gibt es so einen Quartierservice in vier Stadtteilen. Wir finden, das ist ein gutes System, das ist so etwas wie eine zweite nachsorgende Stadtreinigung, die versucht, an den Schnittstellen zwischen diesen Zuständigkeitsbereichen, zwischen ENO einerseits, BSAG andererseits, Einzelhändlern dritterseits, Hauseigentümern vierterseits und Stadtgrün fünfterseits, irgendwie dort an

diesen problematischen Schnittstellen jetzt ins Spiel zu kommen.

Im Viertel wird es zum Beispiel so gemacht, dass immer dann, wenn die Müllabfuhr durch die Straßen gefahren ist oder die Straßenreinigung dann da war, dann der Quartierservice unterwegs ist und allen herumfliegenden Müll extra noch einmal aufkehrt, der antelefoniert werden kann, der nach Bedarf dorthin geht, wo der Schmutz nicht weggeräumt worden ist, ohne zu fragen, wer denn nun eigentlich zuständig ist. Solch einen differenzierten Reinigungsservice in unterschiedlichen Stadtteilen unterstützen wir, und wir bitten auch das Bauressort, dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere die Ortsämter, die ihre Stadtteile ja am besten kennen, die auch wissen, wo es brennt und wo etwas gut aussieht und wo etwas verdreckt ist, mit einem eigenen Budget ausgestattet werden, um eigenständig, wenn Not am Mann oder an der Frau ist, zu kommen und ihren Stadtteil sauber zu halten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Schluss möchte ich schon noch einmal darauf hinweisen, dass der Umgang mit Abfall ein gesellschaftliches Problem ist. Kollege Pflugradt, ich glaube, das geht dann doch ein wenig über die Frage hinaus, ob die ENO funktioniert oder nicht. Wir wissen alle, dass die Abfallmengen steigen, und zwar in nicht unerheblichem Maße. Ich habe jetzt gerade im „Weser-Kurier“ in einem kleinen Zeitungsartikel gelesen, dass es in Großbritannien mittlerweile eine so genannte Superratte gibt - Ratten hat Bremen auch, und zwar nicht zu knapp! -, die im Prinzip eine Folge unserer Fast-food-Ernährung ist, die sich nämlich vorwiegend von herumliegenden Chips und ähnlichen Essensresten ernährt,

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Fish and Chips gibt es bei uns doch nicht!)

und dass diese Ratte sich auch verstärkt vermehrt. Das heißt, das Abfallproblem ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und hat auch mit unserem eigenen Verantwortungsgefühl, mit unserem eigenen Verhalten zu tun. Jeder muss bei sich selbst anfangen, vor seiner eigenen Haustür, in dem, was er kauft, wie er kauft. Da braucht es allerdings noch viel Überzeugungsarbeit, und ich glaube, die Grünen liegen richtig, wenn sie seit Jahren fordern, dass es darum geht, Müll zu vermeiden anstatt immer mehr zu produzieren. Das Gegenteil ist immer noch der Fall!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf des Abg. Herderhorst [CDU])

Kollege Herderhorst, ich spreche jetzt gerade den Kollegen Pflugradt an, weil wir ja festgestellt haben, dass wir uns im Grundsatz in dieser Frage einig sind! In der Frage, was wir denn gegen die wachsenden Abfallberge tun, ist in der Tat festzustellen, dass es da zwischen den Parteien sehr große Meinungsunterschiede gibt. Wenn ich mir heute Morgen die Antwort der Senatorin Wischer angehört habe, was das Pfand für Dosen und Einwegflaschen angeht, dann stellt man eben fest, dass es hier in der Tat unterschiedliche Meinungen gibt und dass es gerade Ihre Partei ist, die wenig bereit ist, bei einem gemeinsamen Vorgehen gegen diese Müllberge - diese Müllberge wachsen nämlich in der Tat ins Ungeheuerliche - im Sinne einer vorsorgenden Umweltpolitik mitzumachen, und das bedauere ich sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt, wer bei diesem Problem, die Abfallmengen zu reduzieren, den Bürgern mehr Eigenverantwortung übertragen will, der sollte zunächst einmal versuchen, auch die eigenen Leute mit ins Boot zu holen, und wer einen Wirtschaftssenator hat, der sich zum Hüter aller Dosen aufschwingt, ich glaube, der muss dann doch noch in der eigenen Partei viel Überzeugungsarbeit leisten. Aber ich bin überzeugt, das bekommen wir gemeinsam schon hin. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling (SPD)**¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das mit dem „Hüter aller Dosen“ hat mir so gut gefallen, da hätte ich fast meinen Anfang hier verpasst. Aber ich komme darauf noch einmal zurück, weil ich mich dieser Allparteienkoalition für die saubere Stadt ausdrücklich anschließen möchte. Ich finde, wir sollten auch zur Kenntnis nehmen und uns freuen, dass wir auch, das zeigt die Antwort, den Senat voll und ganz dabei haben, auch bei der deutlichen Aussage, welche Anstrengungen erforderlich sind, um gerade die Aspekte einer attraktiven Stadt zu sichern und zu gewährleisten.

Allerdings muss man ja jetzt, wenn man sich die Sachen im Einzelnen ansieht, doch konzedieren, dass es eine Reihe von Problemen gibt, die wir nicht einfach dadurch werden lösen können, indem wir mit roten Nadeln auf Landkarten oder

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

auch sonst darauf hinweisen, wo das Ganze im Argen liegt, sondern es ist auch eine Frage von Ressourcenaufwand, und es wird am Ende auch eine Frage des Geldes sein. Damit sind wir bei dem Aspekt, dass wir uns überlegen müssen, wie stark wir eigentlich die persönliche Eigenverantwortung und den Umgang der staatlichen Aufgaben in dem Zusammenhang gewichten wollen.

Ich will mich ausdrücklich meinen Vorrednern in dem Punkt ENO anschließen. Was wir während dieser Deputationssitzung, ich will jetzt hier nicht die Deputationssitzung zur Wiederholung treiben, erlebt und gesehen haben, geht natürlich so nicht weiter. Wir waren uns hinsichtlich der Änderung gemeinsam mit der Senatorin alle völlig einig, dass diese jetzt angefasst werden muss. Das Grundproblem ist aber doch, dass die Privatisierung der ENO, gegen die man ja gar nichts haben muss, so angefasst worden ist, dass in einem Satz festgehalten worden ist, dass das Leistungsniveau der Vergangenheit aufrecht erhalten werden soll, ein Satz umschreibt das, und jetzt fängt man an, der Kollege Pflugradt hat es hier schon angesprochen, darüber zu reden, was dieses Leistungsniveau denn im Einzelnen bedeutet. So geht es natürlich nicht!

Man muss, wenn man solche Dinge anfasst, darauf achten, dass man von Seiten Bremens das Ganze in der Hand hält und die Steuerung und Koordinierung fortführt. Es wird in der Tat Zeit, dass dies jetzt umgesetzt und realisiert wird. Es reicht ja weit in die vergangene Legislaturperiode hinein, dass wir diese Privatisierung dort angegangen sind. Es gibt da natürlich ein Kompetenzwarr. Wir müssen uns aber auch da klar sein, wenn man dieses von meinen beiden Vorrednern beklagte Kompetenzwarr anfassen will, muss man den Kooperations- und den Koordinationsaufwand steigern.

Das stellt neue Anforderungen, Folge der Privatisierung sollte eigentlich eine Kostenersparnis sein, stellt aber hier neue Anforderungen an den Koordinationsaufwand auch in der öffentlichen Verwaltung, und dem werden wir uns dann am Ende des Tages auch stellen müssen. Wir werden jetzt aber deutlich darauf achten, dass schnell und zügig ein entsprechender Pflichtenkatalog aufgestellt wird, der im Ergebnis dazu führt, dass die Zufriedenheit mit den Leistungen der ENO deutlich gesteigert wird.

Ich will deshalb noch zu einigen weiteren Punkten kommen, die in der Anfrage angesprochen worden sind, die ENO ist das andere Thema. Wir wissen mittlerweile, dass es eine ganze Reihe von Aktivitäten gibt, die darüber hinaus ganz konkret vor Ort im Sinne sozusagen der Kümmerer in den

einzelnen Stadtteilen da zu Verbesserungen führen. Ich finde das, was im Viertel mit dem Quartierservice läuft, eine vernünftige Sache, was ich jüngst über Huchting gelesen habe, ist eine sehr gute Angelegenheit. Man muss einmal sagen, dass der Beginn im Buntentor gemacht wurde, und diese Initiative „Blitzblank Buntentor“ hat das ganze Thema gut aufgegriffen, gut vorangetrieben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein richtiger Ansatz, bei dem wir überlegen müssen, wie wir das vorantreiben, aber auch das kostet, das zeigt ja auch schon hier die Antwort, natürlich weiteres Geld, es sei denn, wir bekommen es irgendwie in dem Rahmen unter, den wir jetzt schon für die Stadtreinigung ausgeben. Ich gehe davon nicht aus, weil, auch das sagt ja die Antwort des Senats ganz deutlich, unsere gesetzliche Grundlage, das Bremer Landesstraßengesetz, nur sagt, es soll sozusagen für Recht und Ordnung in den Straßen gesorgt werden. Dieser Ordnungsbezug ist natürlich schneller hergestellt als nach unseren Vorstellungen, auch nach unserer Ästhetik, nach dem, was wir an Anforderungen an die Attraktivität der Stadt haben. Daher wird man hier zusätzlich aktiv werden müssen.

Eine zusätzliche Aktivität ist das, was in der Innenstadt läuft, das haben wir alle in der Zeitung gelesen. Das ist eine richtige und gute Angelegenheit. Sie kostet aber auch 200.000 DM im Jahr, und ich finde es auch deshalb noch einmal gut, denn das wird aus dem Sofortprogramm Innenstadt bezahlt, und damit ist auch erkannt, dass für die oberzentrale Funktion Bremens eine solche Aktivität von Bedeutung ist. Sie ist aber nur für ein Jahr gesichert. Ich bin der Auffassung, sie muss fortgesetzt werden, aber wir werden sie nicht allein aus öffentlichen Mitteln bezahlen können, auch das Sofortprogramm Innenstadt ist nicht unerquicklich voll, sondern es muss nach dem guten Anfang gelingen, dass die Kaufleute, die Anlieger, auch die Eigentümer der Häuser im Bereich Oberstraße mit in die Verantwortung genommen werden und auch Kosten dieser Reinigung mit tragen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme damit zum Schluss zu der Eigenverantwortung, die hier auch angesprochen worden ist. Damit ist man schon wieder beim Stichwort „Hüter aller Dosen“. Ich will es einmal anders formulieren. Etwas, was natürlich dafür gesorgt hat, dass wir einen so großen Müllaufwand und Müll haben, ist auch der grüne Punkt, das Recyclingsystem grüner Punkt. Wir Sozialdemokraten haben davon nie viel gehalten und waren immer der

Auffassung, man muss das anders organisieren. Heute haben wir die negativen Auswirkungen dieser falschen Art, weil sie keine Müllvermeidung hervorruft und auch den Recyclinggedanken natürlich nicht hinreichend trägt.

Dieser grüne Punkt führt dazu, dass wir heute auf der kommunalen Ebene erhöhten Reinigungsaufwand haben, der eben auch nicht allein durch Eigenaktivitäten der Leute aufgefangen werden kann. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass, und wir sind ja gemeinsam Seite an Seite für die Attraktivitätssteigerung und dafür, dass die Leute die Dinge stärker in die eigene Hand nehmen, wir noch einmal überlegen müssen, auch mit Werbeaufwand, wie man eigentlich die Leute zum Sauberhalten der Straßen, der Plätze und auch vor ihrer Haustür motiviert, dass sie dies offensiv anfangen.

Ich fand hier einen Punkt in der Antwort, auf den ich gern kommen möchte. Das ist die Antwort auf die letzte Frage nach dem Verhalten der Hundebesitzer und den Folgen so manchen Spaziergangs mit dem kleinen Hündchen. Da haben wir ein Ortsgesetz vom September 1994, welches dafür sorgen soll, dass Leute, die die Verschmutzung durch Hunde nicht beseitigen, also zu Deutsch, den Hundekot nicht beseitigen, bei Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße bis zu 500 DM bestraft werden können. Das ist der erste Absatz der Antwort, und den zweiten Absatz, Herr Präsident, Sie werden es erlauben, verlese ich, weil er so wirklich erkenntniserhellend ist. Ich zitiere: „Von der Bußgeldstelle des Stadtamtes Bremen werden etwa zehn bis 15 Ordnungswidrigkeiten pro Jahr wegen Verunreinigung von öffentlichen Straßen und Grünanlagen durch Hundekot bearbeitet.“

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Du musst die dabei erwischen, das ist das Problem!)

Ich komme gleich dazu, aber zehn bis 15 Mal entweiche ich persönlich ja schon dem Hundekot, pro Tag, nicht pro Jahr! Also, ich finde, wenn dort nur zehn bis 15 Fälle auf die Tagesordnung kommen, ich führe das fort, was hier steht, das kommt auf eine Bußgeldhöhe von in der Regel 100 DM im Durchschnitt, dann hat man doch den Eindruck, eine Statistik wird übrigens nicht geführt, dass das Stadtamt und federführend dann, glaube ich, das Innenressort darauf auch nicht genau genug achten und dass dieses Gesetz, das 1994 gemacht wurde, nicht konsequent genug umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Da müssen wir uns doch einmal Gedanken machen, wie dieser positive Ansatz verstärkt wird, denn ich glaube, den Ärger - -

(Abg. Borttscheller [CDU]: Ich denke, die sollen Verbrecher fangen!)

Ja, Herr Kollege Borttscheller, machen Sie einmal ein paar kreative Vorschläge, wie man es hinbekommen kann, dass man des Problems Herr wird! Der Ärger darüber ist bei Ihnen persönlich wahrscheinlich mindestens genau so groß wie bei mir. Oder liege ich da falsch?

(Abg. Borttscheller [CDU]: Ich habe lange nicht mehr hineingetreten!)

Ich auch nicht, aber unser Glück ist nicht das Glück aller. Von daher will ich nur darauf hinweisen, dass ich finde, wir müssen diese Sache ernster nehmen. Wir müssen es ernster nehmen, wenn wir hier eine solche Grundlage haben, dass dafür gesorgt wird, dass stärker sensibilisiert wird und wir auch dazu kommen, dass natürlich die Bevölkerung und die Leute, die das sehen und erleben, stärker und couragiert dort eingreifen, denn die Verschmutzung der Stadt hat auch etwas damit zu tun.

Strich darunter! Wir sind uns hier in diesem Hause, glaube ich, alle einig, dass wir darauf genauer sehen werden, dass wir uns für eine saubere Stadt gemeinsam stärker einsetzen werden, mindestens so stark wie bisher, aber stärker einsetzen wollen, und wir werden dies gemeinsam fortführen. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich teile all das, was hier zu dem Thema Sauberkeit in einer Stadt gesagt wird. Wir sind da überhaupt nicht auseinander. Ich denke, dass neben vielen anderen Faktoren, die dazu führen, dass man sich in einer Stadt wohl fühlt, dass man sich zu Hause fühlt, dass man gern da ist und dass sie auch eine Attraktivität hat, auch dieses Thema der Sauberkeit mit ein Faktor ist, der dazugehört und dazu beiträgt.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin auch dankbar, dass niemand von Ihnen davon geredet hat, dass Bremen total verdreckt, denn das, glaube ich, wäre der falsche Ansatz, aber ich denke, dass Sie Recht haben, wie immer

man nun zu Ihren roten Punkten steht. Ich glaube, dass es richtig ist in der Wahrnehmung der Bevölkerung und unserer eigenen Wahrnehmung, dass es ganz viele Stellen, Plätze, Orte in dieser Stadt gibt, die in wiederholter Weise zu einem Ärgernis werden, das sind nicht alle, aber es sind bestimmte Stellen und Plätze, die immer wieder zu diesem Ärgernis Anlass geben. Dass daraus auch der Eindruck entsteht, als passiere überhaupt nichts, ist die Schlussfolgerung daraus. Wenn ich immer wieder an bestimmten Stellen feststelle, es ist immer wieder schmutzig, denke ich, die tun nichts dagegen, obwohl das so auch nicht richtig ist.

Ich kann den Ärger von Bürgerinnen und Bürgern verstehen, weil es mir letztendlich als Privatperson auch genauso geht. Um nur ein Beispiel zu sagen: Wenn ich morgens durch den Tunnel Sebaldsbrück zur Bahn gehe, dann ist da jemand, der reinigt, und zwar jeden Morgen. Wenn ich dort abends zurückgehe, sieht es schon wieder schmutzig aus. Das heißt also, es ist nicht die Frage, wenn wir wahrnehmen, dass etwas schmutzig ist, ob dort nicht gereinigt wird, sondern, Herr Pflugradt, wir haben Stellen und Orte in der Stadt, wo sozusagen die Hemmschwelle, von der Sie gesprochen haben - wenn etwas sauber ist, ist die Hemmschwelle höher - leider nicht greift.

Das gilt nicht nur für das von mir zitierte Beispiel in Sebaldsbrück, sondern wir haben das auch im Innenstadtbereich gehabt, im Martinitunnel, wo mehrfach gereinigt wurde. Trotzdem haben wir insbesondere auch das, was Herr Sieling angesprochen hat, eine immer wiederkehrende Verschmutzung, weil es bestimmte Orte gibt, die dazu einladen, sich unbeobachtet falsch zu verhalten. Das ist auch ein Problem, und darum habe ich Verständnis für die Bürgerinnen und Bürger, wenn beklagt wird, dass solche Plätze schmutzig sind, auf der anderen Seite, finde ich, gehört dazu, und das ist ja eben schon bei einigen von Ihnen angeklungen, dass wir auch darüber reden müssen, dass dieser Schmutz in der Stadt nicht durch irgendwelche Außerirdischen entsteht, sondern es Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sind, die das Phänomen und das Problem, über das wir diskutieren, bewirken.

Manchmal, ich bekomme ja auch eine Reihe von Briefen, fällt mir insbesondere wieder der Osterdeich ein, der auch immer wieder hier in der Bürgerschaft Thema ist, über den man gesagt hat, es sei ungeheuerlich, wie schmutzig er sei. Stadtgrün ist der Sache zigmal nachgegangen, und es sind nicht irgendwelche Bürgerinnen und Bürger, die am Osterdeich lagern, die das Problem nicht kennen oder die sonstige Schwierigkeiten hätten, sondern es sind ganz normale Bürger wie du und

ich, die offensichtlich voll bepackt dort hinkommen und nach Konsum erleichtert zurückgehen. Das ist ein Problem, und ich denke, wir müssen uns damit auseinandersetzen, wie wir es schaffen, auch ein Selbstverständnis der Menschen in unserer Stadt zu erreichen, dass es ihnen nicht egal ist, wie man sich benimmt, sondern sie ein schlechtes Gewissen haben, wenn sie etwas in die Gegend werfen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich haben wir sehr unterschiedliche Situationen. Herr Pflugradt hat es mit dem Beispiel Neustadt angesprochen. Natürlich haben wir die Erfahrung gemacht, dass in bestimmten Quartieren, auch in bestimmten Straßenzügen, die Vermüllung und Verdreckung, insbesondere eben, Herr Pflugradt, in Zusammenhang mit dem gelben Sack stark zugenommen hat. Wir haben in bestimmten Quartieren feststellen können, und vielleicht ist das ein Phänomen für alles, dass das Fehlen dessen, was man im Dorf so schön „soziale Kontrolle“ nennt, die manchmal schön, manchmal nachteilig sein kann, die Gleichgültigkeit im Schatten von Anonymität erwachsen lässt. An diesen Stellen müssen wir etwas entgegensetzen!

Sie, Frau Krusche, haben das ein bisschen angedeutet, indem Sie auf einen Schwerpunkt Wert gelegt haben. Ich glaube aber schon, dass die Erfolge der Initiativen, die wir haben, nicht nur darin liegen, dass sie nachfegen, das ist ein Punkt, sondern dass sie ein fast dörflicher Ansprechpartner für Menschen werden, die sich einmal trauen, auch etwas zu sagen. Dort haben diese Menschen Ansprechpartner, und so entsteht ein Stück Kommunikation, soziale Kontrolle und dann auch gewagtes eigenes Engagement, denn viele Leute schimpfen im Stillen, aber sie würden nicht hingehen und sagen: Wieso wirfst du das da hin?

Das gilt im Übrigen auch für gelbe Säcke! Im Grunde haben wir ganz klare Regelungen, wann die gelben Säcke hinausgestellt werden dürfen. Wir haben aber das Problem, wir haben auch eine Nachsorge, gerade auch in der Neustadt, wir haben das dort im Beirat diskutiert, haben auch eine verstärkte Reinigung etabliert, dort im Rahmen dieses Arbeitskreises haben wir darüber diskutiert. Die Mitarbeiter haben gesagt, wenn sie auch außerhalb der Abfahrzeiten der gelben Säcke dort vorbeikommen und reinigen, steht am nächsten Tag schon wieder einer da.

Hier haben wir ja auch erörtert, dass man vielleicht durchaus auch das eine oder andere Mal Sanktionen gegenüber Bürgern verhängen muss, die trotz Ansprache, trotz Diskussion so etwas machen, damit dies zu einer Besserung beiträgt, gerade hinsichtlich der gelben Säcke, was Sie

angesprochen haben: aufgerissen, schlecht und falsch befüllt, eine Sturmböe, und er verteilt sich durch die ganze Straße!

Wir haben hier die Notwendigkeit, dass wir neben all dem, was Sie angesprochen haben, aus meiner Sicht auch den Auftrag haben, uns Gedanken darüber zu machen, wie man wieder ein größeres gesellschaftliches Selbstverständnis in dieser Stadt erzeugen kann, dass Sauberkeit nicht nur eine Dienstleistung ist, sondern auch eine Gesamtaufgabe der Menschen in dieser Stadt.

Sie haben angesprochen, dass wir bei dem Versuch hier in der Innenstadt mit dem City-Service, den wir im Oktober gestartet haben, gesagt haben, wir fragen nicht nach Zuständigkeit. Das ist sicher der eine Punkt, den Herr Sieling, jetzt ist er weg,

(Heiterkeit bei der CDU - Abg. Pflugradt [CDU]: War da der Wunsch Vater des Gedankens?)

angesprochen hat. Er gehört zu den vielen Punkten, die wir als Zusatzleistung zu den regulären Reinigungspflichten und zu deren Finanzierung in einem ja nicht unbeachtlichen Rahmen berücksichtigen. Wir geben für all das, was als positives Beispiel angesprochen wurde, rund vier Millionen DM zusätzlich aus. Das ist der eine Punkt, aber bei der Frage der Zuständigkeit, die Sie angesprochen haben, haben wir die Situation in dieser Stadt und in der Innenstadt, dass die verpflichteten Eigentümer ihrer Reinigungspflicht nicht nachgekommen sind. Das Gute an dieser Initiative ist, dass in der Innenstadtinitiative alle gesagt haben, wir können es nicht länger hinnehmen, dass die schwarzen Schafe in dieser Stadt ihrer Reinigungspflicht nicht nachkommen, müssen parallel dazu, dass wir jetzt etwas darauflegen, auch die Hauseigentümer in die Pflicht nehmen, endlich ihrer Reinigungspflicht nachzukommen.

Für die Gehwegreinigung haben wir eine ganz klare gesetzliche Vorgabe, nämlich dass der Hauseigentümer im Abstand von fünf Metern zu seinem Grund und zu seinem Haus die Reinigungspflicht für den Bürgersteig hat, im Übrigen auch für das, was an- und wegweht, und es kann nicht angehen, dass, wie es auch passiert, man alles in den Rinnstein kehrt und dann sagt, nun bin ich es los.

Wir reden hier über Zusatzleistungen, die wir erbringen, obwohl Bürgerinnen und Bürger in der Pflicht wären, in ihrem Bereich Reinigung zu leisten. Wenn es um Plätze oder um Grünanlagen geht, denke ich, lösen wir das nicht mit der ENO, das ist völlig klar, denn da geht es um Straßenreinigung. Es geht darum, Bürgersteige, private

Anlagen, aber eben auch öffentliche Grünanlagen zu reinigen. Ich fände es gut, Herr Pflugradt, ich weiß nicht, ob Sie es getan haben, wenn Sie Ihre Rote-Punkte-Mappe der ENO zur Verfügung stellen, damit man wirklich einmal dem nachgeht und auch einmal klärt, was das für Punkte sind, um wen es sich an dieser Stelle handelt. Ich gehe davon aus, dass es im Wesentlichen nicht die Straßenreinigung ist, über die wir bei der ENO geredet haben, sondern dass bei der Wahrnehmung von Verschmutzung mehrheitlich von Bürgersteigen oder anderen Anlagen die Rede ist. Auch dies muss man dann, denke ich, genau herausbekommen.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass wir eine massive Kontrolle

(Glocke)

- ich komme zum Schluss! - der Arbeitsleistung der ENO brauchen. Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass die ENO dieses Pflichtenheft zügig vorlegen muss. Es geht darum, dass die ENO es vorlegen muss, nicht das ASV, die ENO muss es zügig vorlegen, auch da stimme ich mit Ihnen völlig überein, dass das geschehen muss. Ich will nur sagen, weil das auch von Frau Krusche angesprochen worden ist, es ist natürlich so, wenn man auf der Basis Null anfängt, denn es hat vorher nie ein solches Pflichtenheft gegeben, als es noch eine andere Zuständigkeit gab, dass man dann auch bitte sehr, und das ist dort ja auch vorgetragen, berücksichtigen muss, dass wir über 3975 Straßen reden, für die genau in dem Sinn, den Sie angesprochen haben, unterschiedlich betrachtet werden soll, welche Reinigungsleistung eigentlich erbracht werden soll. Ich glaube nicht, dass hier jemand keine Lust dazu gehabt hat, einen solchen Auftrag zu erfüllen, sondern dass es in der Tat wirklich auch eine schwierige Aufgabe ist.

Lassen Sie mich zum Schluss hier nur noch einmal sagen, ich bin mit Ihnen der Meinung, dass man sich ganz viel an vielen anderen Stellen vorstellen kann! Ich sehe auch nicht, dass wir ein Kompetenzwirrwarr haben, sondern wenn jeder der Beteiligten seine Aufgabe machen würde, wäre es eigentlich ziemlich klar. Nur, wenn Sie formulieren, packt das zusammen, und lasst uns zusätzliche Aufgaben verteilen, dann ist das zusätzlich zu den 18 Millionen DM, die wir im Augenblick haben, ein Finanzvolumen, das man dann braucht, denn vier Millionen DM geben wir jetzt schon zusätzlich für all die lobenswerten Initiativen aus, die ich alle gut finde. Wer mehr will, muss auch sagen, dass wir dann auch mehr Geld in die Hand nehmen müssen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! So mancher hat jetzt hier so den Eindruck nach dieser Diskussion, dass wir uns erstens, was die Problematik angeht, relativ einig sind, und zweitens - -.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wir beziehen die PDS nicht ein, das machen schon andere, so eine Nullkommanull-Partei!

(Beifall bei der CDU)

Darauf einzugehen zeugt von großem politischen Instinkt. Ich kann da Herrn Scherf und seine Aussagen nur völlig unterstützen. Das ist manchmal so.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will deutlich machen, der eine oder andere erweckt den Eindruck, als sei das Problem, dass die Straßen und die Plätze nicht gereinigt werden, ein Problem der ENO. In Bremen-Nord ist die ENO nicht zuständig, die Zustände sind aber dieselben. Das heißt, es ist keine Frage nach der ENO, sondern danach, inwieweit darauf Einfluss genommen wird, dass hier das Geld, das wir ausgeben, und wir geben fast 20 Millionen DM für Straßenreinigung und Winterdienst aus, auch sinnvoll eingesetzt wird.

Ich glaube, dass man in manchen Bereichen mehr tun muss, das wird auch deutlich aus der Debatte, das wissen wir alle, aber wenn man in manchen Bereichen mehr tut, kann das auch heißen, dass man in manchen Wohnstraßen vielleicht weniger tun muss, weil sich da bestimmte Eigentümer schlicht auch um ihre Straße kümmern und sich interessieren. Das heißt es auch! Manchmal ist es nicht eine Frage des Geldes. Ich wiederhole mein Beispiel, wenn in einer Straße die ENO oder das Bauamt Bremen-Nord, in Bremen-Nord gibt es allerdings keine Straßenbahn, insofern die ENO - -.

(Abg. Frau Koestermann [CDU]: Kriegen wir doch!)

Das ist eine andere Frage! Wenn in einer Straße die ENO, die Straßenbahn und Stadtgrün zuständig sind und der eine montags, der nächste freitags und der andere am nächsten Dienstag reinigt, ist es doch kein Wunder, dass die Straße trotzdem permanent schmutzig bleibt, weil sich durch die Windverhältnisse der Müll schlicht fort-

bewegt. Wenn die das alle auf einmal machen würden, richtig koordiniert, und das ist nur einmal die Frage der Koordinierung, alle am Montag um 15 Uhr das machen, dann ist der Müll insgesamt weg.

Ich will nur an diesem simplen Beispiel deutlich machen, dass es nicht unbedingt eine Frage des Geldes, sondern eine Frage der Koordination ist, und das wird doch vielfach aus den Diskussionen, aus den Briefen, die wir bekommen, aus den Diskussionen, die wir mit den Beiräten haben, deutlich, dass es hier schlicht eine Frage ist, inwieweit man sich darum kümmert, dass hier koordiniert wird, und dass das ein Problem ist und auch schon war, als es die ENO nicht gab. Das wissen wir doch gemeinsam. Wir müssen es nur endlich einmal angehen, darauf drängen wir.

Deswegen kann ich nur sagen, man kann viel darüber reden, ob die Bürger nun ihre Pflichten wahrnehmen oder nicht. Wir wissen, dass viele das nicht tun, aus welchen Gründen auch immer, deswegen geben wir ja das Geld aus! Deswegen geben wir genau das Geld aus, damit die Stadt einen sauberen Eindruck macht. Man kann ja nicht sagen, dass die Menschen in Bremen viel anders sind als anderswo. Nur, andere Städte bekommen es anders in den Griff. Wenn einem dann so etwas entgegengehalten wird, die Straßen sind ja zugeparkt, da können wir gar nicht reinigen, es tut mir Leid, so muss ich sagen, andere Städte haben dafür Systeme erfunden. Ein Beispiel ist, dass sie sagen, es herrscht zu einer bestimmten Uhrzeit eine Stunde lang an der Wohnstraße oder in einer bestimmten Straße ein absolutes Halteverbot. So etwas machen andere Städte, da gibt es auch andere Systeme auf freiwilliger Basis, wie auch immer! Frau Krusche hat ja ein Beispiel angesprochen, dass man Leute darüber informiert, wann genau die Straßenreinigung ist, weil die Leute auch ein Interesse daran haben.

Es kann bloß eines nicht sein, wenn die Straßen nicht gereinigt werden, dann können auch die Gullydeckel nicht gereinigt werden, was zur Folge hat, dass doppelte Kosten entstehen. Wir können die Probleme also vielfach von hinten nach vorn wenden und hier hin und her sortieren, wir stellen gemeinsam fest, dass etwas getan werden muss.

Ich will deswegen noch einmal auf die Antwort des Senats eingehen! Wir haben ja zu vier und fünf gefragt: Sind die oben aufgeführten Reinigungsrythmen ausreichend? Wenn nein, was hat der Senat dagegen bisher unternommen? Wie sehen

die Pläne für die Zukunft aus? Ich zitiere weiter mit Genehmigung des Präsidenten, es heißt dann in der Antwort: „Der Senat hält es für wünschenswert, über die engeren gesetzlichen Erforderlichkeiten hinaus die beschriebenen Maßnahmenprogramme weiter zu entwickeln und neuen Bedarfen anzupassen und zu verstetigen.“

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht um das Wünschenswerte, sondern es geht hier um erforderliche Dinge, die unverzüglich in Angriff genommen werden müssen. Ich glaube, für das Ansehen dieser Stadt ist es ganz wichtig. Deswegen fordere ich die Senatorin für Bau und Umwelt auf, die eine kompakte Kompetenz in dieser Frage hat, die es so noch nicht gegeben hat, diese Allzuständigkeit für diese Frage, zur Lösung dieser Probleme eine Offensive „Saubere Stadt“ zu starten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 18 vom 16. Oktober 2000
(Drucksache 15/229 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 19 vom 7. November 2000
(Drucksache 15/239 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ortsgesetz über die Aufhebung des Ortsgesetzes über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes „Marßeler Feld“ zwischen Stader Landstraße, Kopenhagener Straße, B 74, Upsalastraße und Stockholmer Straße
Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2000
(Drucksache 15/231 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz über die Aufhebung des Ortsgesetzes über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes „Marßeler Feld“ zwischen Stader Landstraße, Kopenhagener Straße, B 74, Upsalastraße und Stockholmer Straße beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ortsgesetz über die Errichtung eines „Sondervermögens Überseestadt“ sowie zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001
Mitteilung des Senats vom 7. November 2000
(Drucksache 15/236 S)

Meine Damen und Herren, hier ist eine Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss beantragt worden.

Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unseren heutigen Tagesordnung der Stadtbürgerschaft. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend und schliesse die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 16.35 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 14. November 2000

Anfrage 14: Parksituation im Stephaniviertel

Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die durch die erfreuliche Entwicklung der Schlachte entstandene äußerst angespannte Parksituation im Stephaniviertel?

Welche Möglichkeiten sieht der Senat, und welche Maßnahmen wird er ergreifen, um die „kostenpflichtigen“ Anwohnerparkplätze auch nach 20 Uhr im Stephaniviertel den Anwohnern vorzuhalten?

Wie beurteilt der Senat eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Parkhäuser Diepenau und Brill, um einer weiteren Verschlechterung der Parksituation entgegenzuwirken?

Frau Schreyer, Eckhoff
und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Es liegen keine Erkenntnisse vor, die auf eine angespannte Parksituation im Stephaniviertel hinweisen. Die Parksituation im Stephaniviertel hat sich seit der Einführung des Anwohnerparkens entspannt. Lediglich von zwei Anwohnern ist geäußert worden, dass an den Tagen während des Sommers, an denen die Schlachte stark von Besuchern frequentiert wurde, eine Verschlechterung der Parksituation in den Abendstunden verzeichnet gewesen sein soll.

Von der Ausweitung der Anwohnerparkzeiten über 20 Uhr hinaus wurde bisher Abstand genommen, da eine solche Regelung gleichzeitig mit Nachteilen für Anwohner verbunden ist. Private Besucher der Anwohner müssten dann ebenfalls Parkgebühren entrichten.

Im östlichen Stephaniviertel befindet sich ein Gebäudekomplex mit mehreren Wohneinheiten im Bau. Nach Fertigstellung dieser Maßnahme wird der Kraftfahrzeuganteil in diesem Gebiet ansteigen. Die Straßenverkehrsbehörde wird diese Änderung zum Anlass nehmen, die Situation des ruhenden Verkehrs zu überprüfen unter Einbeziehung des Besucheraufkommens der Gastronomie vor Ort sowie der Schlachte und gegebenenfalls verkehrsrechtliche Maßnahmen anordnen.

Der Senat erwartet von einer Ausweitung der Öffnungszeiten der Parkhäuser Diepenau und Brill keine Veränderung der Parksituation im Stephaniviertel, da das zu den gastronomischen Betrieben an der Schlachte nächstgelegene Parkhaus Langenstraße abends freie Stellplätze aufweist. Die Öffnungszeiten des Parkhauses Langenstraße sind auf den Betrieb an der Schlachte abgestimmt.

Anfrage 15: Aktuelle Abtreibungsstatistik

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie gestaltet sich im zweiten Quartal des Jahres 2000 die Zahl der in Bremen durchgeführten Abtreibungen vor dem Hintergrund einer bundesweit sinkenden Abtreibungszahl im selben Zeitraum?

Zweitens: Wie viel Prozent der Frauen waren minderjährig?

Frau Striezel, Eckhoff und
Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Erstens: In Bremen wurden im zweiten Quartal des Jahres 2000 insgesamt 794 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt, bundesweit waren es 33.564. Im Vergleich zum ersten Quartal 2000 nahm die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Bremen um acht Prozent ab, in Deutschland betrug die Abnahme fünf Prozent.

Zweitens: In Deutschland waren im zweiten Quartal 2000 insgesamt fünf Prozent der Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen ließen, unter 18 Jahre alt. In Bremen betrug dieser Anteil sechs Prozent.

Anfrage 16: Fluglärm in der Stadt Bremen

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Möglichkeit, nach Einführung des GPS-Systems am Airport

Bremen die Einhaltung der Flug- und Lärmoptimalen mittels der Gebührenordnung zu „steuern“?

Zweitens: In welcher Form sieht der Senat Möglichkeiten, Flüge außerhalb des Flugkorridors mit empfindlichen Strafen zu ahnden?

Drittens: Wie will der Senat die Flugrouten über Bremen zukünftig optimieren?

Frau Reichert, Brumma, Böhrnsen
und Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Die Bewegungslenkung von Flugzeugen in der Luft gehört nicht zu den auf die Länder übertragenen Aufgaben und verbleibt deshalb in der ausschließlichen Kompetenz des Bundes, der sich zur Wahrnehmung dieser Aufgabe des Luftfahrtbundesamtes und der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, DFS, bedient.

Die DFS hat bekannt gegeben, dass sie demnächst die Daten für die auf dem Global Positioning Satellite System, GPS, basierenden An- und Abflugrouten für den Verkehrsflughafen Bremen veröffentlichen wird. Die DFS hat stets deutlich gemacht, dass die auf GPS gestützten Präzisionsan- oder -abflugverfahren zunächst nicht verbindlich für die Flugzeugführer vorgeschrieben werden, sondern lediglich als Unterstützung dienen können. Die Entwicklung der dazugehörigen

Technik und Verfahren ist noch nicht auf einem Stand, der die verbindliche Einführung dieses Systems erlauben würde. Eine Sanktionierung von Abweichungen von den idealen Flugwegen mit Hilfe der Entgeltordnung des Flughafens ist auch deshalb nicht durchführbar, weil es eine Vielzahl von Rechtfertigungen für derartige Abweichungen gibt.

Zu Frage zwei: Der Senat sieht wegen der fehlenden Kompetenzen keine Möglichkeit, Flüge außerhalb des Flugkorridors mit empfindlichen Strafen zu ahnden. Die Einhaltung des Toleranzbereiches von Abflugstrecken wird jedoch von der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH überwacht. Verstöße werden durch das Luftfahrtbundesamt verfolgt. Für den Fall, dass keine Rechtfertigungsgründe vorliegen, werden die verantwortlichen Piloten über ein Ordnungswidrigkeitenverfahren mit Geldbußen belegt.

Zu Frage drei: Der Senat hat wegen der fehlenden Kompetenzen keine Möglichkeiten, die Flugrouten zukünftig zu optimieren. Der Senat weist jedoch darauf hin, dass die bestehenden An- und Abflugwege zu und von dem Flughafen Bremen auf Empfehlung der Fluglärmkommission von der DFS erarbeitet und vom Luftfahrtbundesamt eingerichtet worden sind. In der Fluglärmkommission für den Verkehrsflughafen Bremen sind unter anderen die Beiräte und Ortsamtsleiter der den Flughafen umgebenden Ortsamtsbereiche vertreten.